

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 46.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4428.

Düsseldorf, 15. November 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilarbeiterband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Mittel zur Bekämpfung der Mitgliederfluktuation.

In der vorigen Nummer haben wir uns mit der Bedeutung der Mitgliederfluktuation beschäftigt. Wir lernten ferner die üblichen Austrittsgründe der Mitglieder und auch die tieferen Ursachen der Fluktuation kennen. Heute gilt's, die wichtigsten und — wenn richtig angewandt — auch erfolgreichsten Mittel ihrer Bekämpfung zu erörtern.

In erster Linie müssen wir den Ruf erheben: Schafft einen gut funktionierenden Organisations- und Agitationsapparat in den Ortsgruppen. Was haben wir darunter zu verstehen? Einen tüchtigen, vollbesetzten Vorstand, der regelmäßige Sitzungen mit den führenden und in der Kleinarbeit tätigen Kolleginnen und Kollegen veranstaltet. In diesen Sitzungen müssen die inneren Verhältnisse der Ortsgruppe besprochen, zutage getretene Mängel aufgedeckt und deren Beseitigung angeordnet, sowie die zur weiteren Entwicklung der Gruppe nötigen Schritte beraten und für deren praktische Durchführung Sorge getragen werden. Liebe und Begeisterung zur Sache und ein entschiedener Wille sollen hierbei die Triebfeder bilden.

Daneben ist weiter nötig ein gut ausgebautes Vertrauensmännersystem. Eine ebenso wichtige wie schwierige Frage. Die tüchtigsten und fähigsten Kräfte sind hierfür gerade gut genug. Immer und immer wieder muß es darum das Bestreben der Vorstandsmitglieder sein, geeignete Kräfte ausfindig zu machen und sie für die Mitarbeit zu gewinnen. Der Mangel an solchen hat größere Gruppen schon zur Anstellung eines Einfassierers veranlaßt. Hier und da haben auch schon mehrere Gruppen verschiedener Berufe diesen Schritt gemeinsam unternommen. Erforderlich hierzu sind genügend Mittel und eine tüchtige Kraft. Weiter ist die Bedienung der Mitglieder auch für den Fall einer plötzlichen Erkrankung des Einfassierers sicherzustellen. Am besten geschieht das durch Erhaltung des bisherigen Vertrauensmännersystems und Verwendung der freigewordenen Kräfte in der Agitation und als Fabrikvertrauenspersonen.

Endlich darf auch eine zweckmäßig zusammengesetzte und gut funktionierende Agitationskommission nicht fehlen. An die Spitze stellt man am besten ein tüchtiges Vorstandsmitglied. Auch die Arbeiterinnen und die jüngeren Arbeiter müssen in ihr eine Vertretung haben. Die Kommission muß öfters zusammenkommen, lebendig und rührig sein und sich nach einem bestimmten Arbeitsplan ständig und mit unermüdlicher Ausdauer betätigen.

Was wir bisher angeführt haben, sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. In manchen Ortsgruppen klappt dieser ganze Organisationsapparat auch ausgezeichnet. In anderen aber ist entweder dieser selbst nur sehr unvollkommen ausgebaut oder es fehlt an der nötigen Rührigkeit und Initiative. Meist trifft man beide Mängel zusammen. Und das ist gerade das Krebsübel! Eine wirksame Bekämpfung der Mitgliederfluktuation wird erst dann möglich sein, wenn hier Remedur geschaffen und in allen Ortsgruppen ein möglichst vollkommener und gut funktionierender Organisations- und Agitationsapparat angestrebt wird. Der zu schaffen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Ortsgruppenvorstände, bei deren Durchführung sie von allen unseren Mitgliedern bereitwilligst unterstützt werden sollten.

Sind diese Voraussetzungen für jede erfolgreiche agitatorische Betätigung erfüllt, dann gilt es, mehr persönliche Fühlung mit den Mitgliedern zu gewinnen, vor allem mit jenen, die entweder erst kurz beigetreten oder lau und wankelmütig sind, oder die sich bei den gewerkschaftlichen Veranstaltungen nie sehen lassen. Bei denen ist ja die Austrittsgefahr am größten. Für Neubeitretene sieht man

am besten eine formelle Aufnahme in der nächsten Mitgliederversammlung vor. Zu dieser werden die Genannten schriftlich eingeladen. Die Aufnahme kann in einer herzlichen Begrüßung mit Handschlag bestehen. Auf diese Weise werden die Aufgenommenen eingeführt, sie fühlen sich heimisch. Die freundliche Begrüßung und das herzliche Willkommen der Kolleginnen und Kollegen sind für sie eine Ermunterung, auch fürderhin die Versammlungen zu besuchen, denn der erste Eindruck, den man von einer Sache gewinnt, wirkt in der Regel nach.

Heute wird die persönliche Fühlung mit den Mitgliedern hauptsächlich durch die Vertrauensleute unterhalten. Von der Art, wie diese mit den Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch, wie sie mit deren Frauen oder Mütter verkehren, hängt unendlich viel ab. In kluger, taktvoller Weise muß es der Vertrauensmann verstehen, die gewerkschaftliche Ueberzeugung besonders der neugewonnenen Mitglieder nach und nach zu festigen und sie zum Besuch der gewerkschaftlichen Veranstaltungen, wie überhaupt zur regen Teilnahme am gewerkschaftlichen Leben, zu erziehen. Diese Erziehungsarbeit vermag allerdings nur dann gute Erfolge zu zeitigen, wenn der Vertrauensmann selbst mit gutem Beispiel vorangeht. Er hat dann weiter auch bei den Angehörigen, vor allem bei den Frauen und Müttern der ihm anvertrauten Mitglieder, die etwa vorhandenen Vorurteile, Zweifel und Bedenken zu zerstreuen und bei eventl. Fragen eine klare und zuverlässige Auskunft über die statutarischen Rechte und Pflichten der Mitglieder zu geben. Wankelmütig gewordene, zum Austritt neigende Mitglieder melde er unverzüglich dem Vorstand, damit der rechtzeitig eingreifen vermag. Weil der Vertrauensmann eine so wichtige, für die Entwicklung der Ortsgruppe fast ausschlaggebende Aufgabe zu bewältigen hat, darf die Zahl der ihm zur Bedienung überwiesenen Mitglieder keine zu große sein.

Die Fühlung mit den Mitgliedern durch die Vertrauensleute allein genügt nicht. Auch die Vorstandsmitglieder sollten von Zeit zu Zeit mal Hausbesuche unternehmen; natürlich auch hier wieder in erster Linie bei den Neugewonnenen und den nicht ganz Sattelfesten, sowie bei den Mitgliedern jener Vertrauensleute, die man als nicht ganz geschickt oder als unzuverlässig betrachtet. Zunächst wird das den besuchten Mitgliedern und deren Angehörigen selbst in den meisten Fällen Freude bereiten. Sie fühlen sich geehrt und geachtet und werden dadurch in ihrer Anhänglichkeit zur Organisation bestärkt. Die Vorstandsmitglieder können ihrerseits die Tätigkeit der Vertrauensleute kontrollieren und etwaige Beschwerden der Mitglieder entgegennehmen und einer objektiven Prüfung unterziehen. Sie bekommen weiter einen Einblick in die Denkungsweise ihrer Mitglieder und damit wertvolle Winke für ihr ferneres Wirken im Vorstand. Endlich können auch sie bei der Gelegenheit erzieherisch und belehrend wirken und die Mitglieder auch bitten, den Vertrauensleuten ihr schweres und verantwortungsvolles Amt möglichst zu erleichtern.

Neben diesen mehr allgemeinen Hausbesuchen darf auch der Besuch kranker Mitglieder nicht unterbleiben. Sie vor allem sind unserer Teilnahme bedürftig. Diese kann gelegentlich auch in Form eines kleinen, den Bedürfnissen des oder der Erkrankten angepaßten Geschenkes (Flasche Wein, Trauben u. dergl.) zum Ausdruck kommen. Nicht nur das erkrankte Mitglied, auch dessen Angehörige werden es uns meist durch größere Liebe und Treue zum Verbandslohn. Ueberhaupt müssen die Vorstandsmitglieder stets ein offenes Ohr für die berechtigten großen und kleinen Wünsche der Mitglieder haben. Sie müssen durch die Tat beweisen, daß ihnen deren Wohl und Wehe tatsächlich am Herzen liegt. Selbstverständlich gilt das in noch

weit höherem Maße von den Beamten unseres Verbandes. Nichts wirkt verderblicher in der Organisation, wie eine oberflächliche oder gar schroffe und barsche Behandlung der Mitglieder. Wer sich die Zuschulden kommen läßt, hat u. G. das Recht verweigert, einen Vertrauensposten zu bekleiden. Ueber weitere Mittel in der nächsten Nummer.

Zolltarifserneuerung und Lebensmittelversorgung.

Die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ist zu einem Problem geworden. Zwar ist die deutsche Landwirtschaft noch immer in der Lage, den weitaus größten Teil des Verbrauchs an Brotgetreide und Fleisch zu befriedigen, aber im letzten Jahrzehnt hat die Erzeugung an den für die Volksernährung wichtigsten landwirtschaftlichen Gütern mit der Zunahme des Verbrauchs nicht mehr gleichen Schritt gehalten, wengleich auch die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Produktion in demselben Zeitraume außerordentlich gestiegen ist. Diese Disparität zwischen Herstellung und Verbrauch hat naturgemäß auch auf die Preisentwicklung eingewirkt. Umfomehr, als auch auf dem Weltmarkt die Nachfrage nach Lebensmitteln mehr wächst als das Angebot und in Verbindung damit in fast allen Ländern eine nicht unerhebliche Verteuerung der landwirtschaftlichen Arbeit zu konstatieren ist. Die „Weltmarktpreise“ steigen und steigen. In einer solchen Zeit steigender Preisentwicklung haben natürlich auch die landwirtschaftlichen Zölle eine ganz andere Wirkung als zu einer Zeit sinkender Preise. Vermögen sie in diesem Falle einen starken Preisdruck zu verhindern, so haben sie im anderen leicht eine Verschärfung und Beschleunigung der aufsteigenden Preisentwicklung zur Folge.

Die gekennzeichnete Tendenz in der Lebensmittelversorgung hat das andauernde Steigen der Lebensmittelpreise mit verursacht, wenn sie auch nicht allein schuld daran ist. Eine Berücksichtigung dieser Dinge drängt sich bei den bevorstehenden Beratungen zur Erneuerung des Zolltarifs und der Handelsverträge gebieterisch auf. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es vor allem, Vorschläge zu machen, wie dem vorhandenen Uebelstande abgeholfen werden kann. Was könnte denn geschehen? — Zunächst müßte gegen eine etwa beabsichtigte weitere Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle Front gemacht werden. Die Vertreter der Landwirtschaft versichern auch, daß sie daran garnicht dächten. Aber die führende Beteiligung der Landwirtschaft an dem „Kartell der schaffenden Arbeit“ mahnt die Arbeiterschaft doch zur größten Achtsamkeit. Es besteht die Gefahr, daß unter den Beteiligten des Kartells ein Mätlergeschäft abgeschlossen wird, bei dem die Arbeiterschaft in jeder Beziehung die Rechnung begleichen muß. Auch gegen den Zoll auf Milch und Rahm, ferner gegen die Einführung neuer oder gegen die Erhöhung bestehender Zölle für die wichtigsten Gemüsearten muß sich die Arbeiterschaft mit Entschiedenheit wenden, weil diese Zölle die Lebenshaltung breiter Schichten der unbedeutendsten Bevölkerung wesentlich verteuern würden und auch sachlich gar nicht gerechtfertigt sind.

Aber mit der Abwehr von neuen Zollbelastungen ist es nicht getan. Unser neuer Zolltarif muß die in der Lebensmittelversorgung vorhandene Spannung zu beseitigen trachten. Das kann nicht durch einen radikalen Abbau unserer landwirtschaftlichen Zölle geschehen. Es muß im Gegenteil alles verhindert werden, was den Bestand und die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft wirklich gefährden könnte. Aber zwischen einem radikalen Abbau der Zölle und dem jetzigen Zustande ist noch ein weiterer Spielraum. Worauf es hier ankommt, ist folgendes: Die deutsche Viehhaltung deckt 95 Prozent des Fleischverbrauchs. Des Verbrauchs, nicht des Bedarfs, da anzunehmen ist, daß der Verbrauch infolge der außer-

ordentlichen Fleischsteuerung wesentlich zurückgegangen ist. Die deutsche Fleischversorgung ist also auf den Bezug vom Auslande angewiesen. Unter diesen Umständen müssen die zollpolitischen und seuchenpolizeilichen Vorschriften eine sehr scharfe Preissteigerung auslösen. Es ist mit sachlichen Gründen nicht mehr zu rechtfertigen, daß ein großer Teil der Grenzen gegen ausländische Zufuhren angeblich wegen der Gefahr der Einschleppung von Seuchen und gesundheitlichen Schädigungen gesperrt bleibt. Es müssen andere Wege des Sanitäts- und Seuchenschutzes gefunden werden, die es ermöglichen, die gleichen Schutzwirkungen zu erzielen und die doch die nötigen Zufuhren zuzulassen. Es handelt sich also darum, die zur Deckung des Bedarfs unbedingt notwendigen Ergänzungszufuhren zwar unter Aufsicht- und Kontrolle einer angemessenen Gesundheitskontrolle, jedoch unter wesentlich erleichterten Bedingungen zu gestatten. Wir denken hier namentlich an die Zufuhren aus Holland. Die Sperrung der holländischen Grenze hat vor allem in dem dichtbevölkerten rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine scharfe Preiswirkung auf die Fleischversorgung ausgelöst.

Dem wird nun entgegen gehalten werden können, daß diese Maßnahmen gar keine Erleichterungen zu bringen vermöchten, denn auch im Auslande sei eine Preissteigerung und der im Jahre 1912 provozierte billigere Bezug aus dem Auslande habe eine nennenswerte Erleichterung nicht gebracht. Darauf ist zunächst zu antworten, daß in den Städten, wo der Fleisch- und Viehbezug in größerem Maßstabe erfolgte und gut organisiert war, nicht nur ein weiteres Anziehen der Preise verhindert, sondern auch eine Verbilligung des Fleisches erzielt wurde. Wenn im ganzen die Steuerungsmaßnahmen die erhoffte Wirkung nicht gehabt haben, so ist das auch deshalb nicht verwunderlich, weil es sich damals um ganz außergewöhnliche Verhältnisse handelte und weil die betr. Länder, infolge der jahrzehntelangen Grenzsperrung, auf einen Viehhandel mit Deutschland gar nicht eingerichtet waren. Die Technik des Handels ist so verwickelt, daß man den einmal abgetriebenen Faden nicht zu jeder beliebigen Zeit wieder zusammenbinden und hierhin und dorthin leiten kann. Uebrigens wäre es schon ein sehr großer Erfolg, wenn mit Hilfe einer erleichterten und gesteigerten Auslandszufuhr einer weiteren, scharfen Steigerung der Preise in der Vieh- und Fleischversorgung vorgebeugt würde, denn die Befürchtung einer weiteren Zuspitzung der Preise ist durchaus begründet.

Es wäre in Verbindung hiermit auch zu erwägen, ob und wie die Einfuhr von Gefrierfleisch erleichtert werden könnte. Dem stehen gewiß erhebliche Bedenken und Schwierigkeiten im Wege, aber um auch dem Ärmsten der Armen den Fleischgenuss zu ermöglichen, könnte dieser Weg gegangen werden. Vom Standpunkt der eigenen Viehhaltung aus ist jedenfalls nichts dagegen einzutenden.

Im engsten Zusammenhange hiermit steht die Frage, wie unsere heimische Viehzucht getränkt und erweitert werden könnte. Das ist jedenfalls eine der wichtigsten Fragen der deutschen Lebensmittelversorgung. Es spielen hier die Fragen der inneren Kolonisation eine große Rolle, die hier aber unerörtert bleiben sollen. Worauf es uns hier ankommt, ist folgendes: Die Viehzucht liegt in Deutschland zum weitaus größten Teile in den Händen von Klein- und Mittelbauern. Die Viehhaltung wird nun u. a. durch die Verteuerung, daß diese Viehhalter auf den Bezug von Futtermitteln aus dem Auslande angewiesen sind. Welche Entwicklung die Einfuhr von Futtermitteln genommen hat, geht aus folgenden Ziffern hervor. Der Einfuhrüberschuß an Getreide betrug im Jahre 1900 751, im Jahre 1905 1606, im Jahre 1908 1946 und im Jahre 1911 — infolge der großen Trockenheit — sogar 3476 tausend Tonnen. Man ersieht aus diesen Zahlen die außerordentlich große Bedeutung der ausländischen Futtermittelzufuhren für Deutschland. Durch die auf einigen Futtermitteln lastenden Zölle wird nun die Viehhaltung namentlich des kleinen Bauern nicht unerheblich verteuert. Wir halten darum die Forderung für durchaus diskutabel, die Zölle auf Futtergerste und Mais gänzlich zu beseitigen. Beide Zölle drücken den kleinen Bauernstand, namentlich bei schlechten Futtermittelernten.

Im Interesse der westdeutschen Viehhaltung scheint es uns auch zu liegen, wenn die holländische Grenze für die Einfuhr von Zuchtvieh geöffnet würde, da heute der westdeutsche Viehbauer seine Zuchttiere weit her, sogar hinten aus Pommern holen muß. Daß der lange Transportweg das Vieh erheblich verteuert, liegt auf der Hand.

Eine ganz eigenartige Entwicklung hat in unserem Vaterlande die Brotgetreideproduktion genommen.

Während die mit Roggen bestellte Fläche im Jahre 1879 5,94 Mill. Hektar betrug, vermehrte sie sich auf 6,13 Mill. Hektar im Jahre 1911. Der Ertrag stieg in demselben Zeitraum von 55,8 Mill. Doppelzentner auf 108,7 Mill. Doppelzentner. Von 1881/85 bis 1906/10 stieg der Ertrag pro Hektar um 73 1/2%. Die Steigerung ist also recht bedeutend.

Längst nicht in den gleichen Verhältnissen stieg die Weizenproduktion. Die mit Weizen bestellte Fläche betrug

im Jahre 1879 1,82 Mill. Hektar, im Jahre 1911 1,96 Mill. Hektar. Die außerordentlich geringe Vermehrung kommt einem Stillstand gleich. Der Ertrag pro Hektar ist von 1881—85 bis 1906—1910 um 57% gestiegen, blieb also hinter der Steigerung der Roggenproduktion nicht unerheblich zurück.

Diese Entwicklung mußte für die Lebensmittelversorgung und die Preisgebarung deshalb von so nachteiliger Wirkung sein, weil in Deutschland das Roggenbrot immer mehr von dem Weizenbrot verdrängt wird. Die Nachfrage nach Weizen ist so stark gestiegen, daß wir heute bereits rund 30 Prozent des Verbrauchs aus dem Auslande beziehen müssen. Dagegen haben wir in Roggen eine ganz erhebliche Ausfuhr. Das ist ein ganz ungesunder Zustand.

Die Bevorzugung des Roggenanbaues ist hauptsächlich verursacht durch das System der Einfuhrschleine, das den ostelbischen Großgrundbesitzern einen guten Gewinn im Roggenhandel sichert. Inwieweit die Einfuhrschleine für den östlichen Getreidehandel notwendig sind, soll hier unerörtert bleiben, jedenfalls ist die gekennzeichnete Wirkung für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes außerordentlich bedenklich. Das Einfuhrschleinsystem müßte zum mindesten dahin geändert werden, daß die ungesunde Bevorzugung des Roggens aufhört und die ostelbische Landwirtschaft einen größeren Anreiz zum Weizenbau bekäme. Es wäre auch zu prüfen, wie die zur Ergänzung des deutschen Bedarfs benötigten Weizenmengen, die aus dem Auslande bezogen werden müssen, unter erleichterten Bedingungen hereinkommen könnten.

Das wären die Vorschläge, die wir zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes zu machen hätten. Sie im einzelnen zu begründen und weiter auszuführen, soll einem späteren Artikel vorbehalten bleiben.

Ziele der Handelspolitik.

Der Träger der Handelspolitik ist der Staat, in Deutschland das Reich. Zwecke und Ziele der Handelspolitik dürfen den Aufgaben des Staates nicht widersprechen. Dieser hat seiner Zweckbestimmung nach für die allgemeine Volkswohlfahrt zu sorgen, d. h. die materiellen und geistigen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen das Individuum unter möglicher Wahrung seiner freien Entscheidung am besten für die Befriedigung seiner Bedürfnisse sorgen kann. Es ist klar, daß für das Handeln des Staates nicht das Einzelinteresse einer Person, oder eines Staates maßgebend sein darf, ohne Berücksichtigung der berechtigten Interessen anderer. Nur wenn der Schutz einzelner Interessen mit der Gesamtwohlfahrt in Einklang zu bringen ist, oder, was auch der Fall sein kann, diese gar den Schutz jener bedingt, nur dann darf der Staat helfend eingreifen. Bei einer Kollision des Gesamtinteresses mit dem Einzelinteresse muß dieses unbedingt zurückstehen. Was hier ganz allgemein von den Aufgaben des Staates gesagt worden ist, gilt auch von denen der Handelspolitik — auch ihr Endzweck muß Förderung der Volkswohlfahrt sein. Damit ist aber an und für sich noch herzlich wenig gesagt, denn der Streit rührt eben gerade daher, daß der eine das Mittel, mit dem der andere den genannten Zweck erreichen will, für durchaus ungeeignet erklärt und umgekehrt.

Die Handelspolitik ist nicht in dem Sinne aufzufassen, daß sie nun in allererster Linie und nur die Interessen des Handels zu berücksichtigen hätte. Ihre Einwirkung auf die Lage der landwirtschaftlichen und industriellen Produzenten wie auf den Konsumenten ist gar groß — oft bestimmt sie die Richtung der Produktion und wohl auch der Konsumtion. Und eine handelspolitische Maßnahme muß in ihrer ganzen Konsequenz auf diese volkswirtschaftlich wichtigen Funktionen überdacht sein, bevor sie ausgeführt wurde. Die Handelspolitik beschäftigt sich zwar, wie der Name ganz richtig sagt, nicht nur mit dem Handel, sie erschwert ihn oder läßt ihm volle Freiheit; die dadurch erfolgenden Einwirkungen auf die schon genannten Gebiete aber sind gewollte und meistens ihr Hauptzweck. Die auswärtige Handelspolitik, welche die Handelsbeziehungen zum Ausland zum Gegenstand ihrer Maßnahmen hat und von der hier allein die Rede ist, kann in einem Tun und Unterlassen bestehen. Welches System, Schutz Zoll oder Freihandel im einzelnen ergriffen werden soll, kann prinzipiell nicht beantwortet werden. Denn die Handelssysteme sind keine Prinzipien — sondern Zweckmäßigkeitsfragen. Ebendeshalb kann ein Handelssystem auch nicht für eine längere Reihe von Jahren Gültigkeit für sich beanspruchen, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse können sich von Grund aus ändern und eine Anpassung der Handelspolitik an sie ist unbedingtes Erfordernis, wenn nicht die Gesamtheit schwer leiden soll.

Der Vater des Schutzollgedankens in Deutschland, Friedrich List, faßte den Schutzoll als ein Mittel auf, eine Industrie zu erziehen. Wenn er diesen Zweck erfüllt hat, muß die Handelspolitik eine andere Richtung einschlagen. Ein Schutzoll bedeutet unter allen Umständen für die Mehrheit des Volkes ein Opfer, das nicht länger auferlegt werden soll als unbedingt notwendig. So bestechend die Ansicht Lists auch erscheinen mag, sie ist doch nur bedingt richtig — vor allem erschöpft sie nicht alle die Fälle, in denen eine aktive Handelspolitik eintreten muß. Nach des gleichen Verfassers Meinung ist ein Schutzoll auf landwirtschaftliche Produkte ungerechtfertigt, weil durchaus

überflüssig. Sie gewinnt durch die Entwicklung der Industrie, die ja den Schutzoll genießt, durch die dadurch bedingte stärkere Nachfrage nach Lebensmitteln so viel, daß sie des Schutzes entraten kann. List hat sein Buch zu einer Zeit geschrieben, in der ausländisches Getreide noch nicht den Bestand unserer Landwirtschaft bedrohte; in der noch nicht, wie anfangs der 80er die Landwirtschaft durch die Konkurrenz der Vereinigten Staaten in eine 20jährige Krise kam, wie sie an Schärfe und Dauer kaum eine Industrie mitgemacht hat.

Die Gründe wirtschaftlicher Natur, die ein Eingreifen der Handelspolitik zu Gunsten der Landwirtschaft gebietet forderten, sind leicht erkennbar. Vor allem galt es die Zerstörung so gewaltiger nationaler Werte zu verhindern, wie wir sie in der Landwirtschaft finden. Es wird und ist aber auch der Gedanke einer wahren Interessensolidarität nicht ohne Einfluß gewesen. Unsere Industrie ist trotz der vermehrten Ausfuhr in immer stärkerem Maße auf den Absatz im Inlande angewiesen. Die Landwirtschaft ist von besonderer Bedeutung für die Industrie — sie nimmt ihr Maschinen, Gerätschaften, Elektrizität usw. ab, aber doch nur in befriedigendem Umfange, wenn sie in günstiger Lage ist, wenn ihr Gelder zur Verfügung stehen, die Anschaffungskosten zu bezahlen. Wäre es in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung ein schwerer, nicht wieder gut zu machender Fehler gewesen, hätte man die Landwirtschaft preisgegeben, so noch mehr in politischer.

Wir sind rings von Staaten umgeben, von denen kaum einer eine freundliche Gesinnung hegt. Wenn unsere Flotte auch sehr ansehnlich ist, kann sie sich mit der englischen wohl doch nicht messen — eine Blockade und damit eine Absperrung der Lebensmittelfzufuhr ist im Kriegsfall nicht ausgeschlossen. Kolonien helfen uns auch da nicht, selbst wenn wir solche hätten. Neben der erhöhten Bedeutung des Inlandsmarktes, die durch das Fehlen ausnahmefähiger Kolonien noch weiter bedingt ist, war es besonders die Sorge, unser Vaterland möchte im Kriegsfall ganz von Lebensmitteln entblößt sein, die unserer Landwirtschaft helfen ließ.

Noch ein Moment, das auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik liegt, rechtfertigt die Sorge für den Bestand der Landwirtschaft. Industrie und Großstadt verbrauchen den Menschen rasch, die Landwirtschaft muß durch die Stellung geistig und körperlich gesunder Naturen Ersatz schaffen. Ist sie für die Wehrfähigkeit einer Nation ein Station an sich schon von Bedeutung, so noch mehr, wenn wir die zunehmende Tendenz der Geburtenbeschränkung in den Großstädten betrachten. Ich brauche in diesem Zusammenhange nur auf das Bestreben Frankreichs hinzuweisen, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen, weil es eben tatsächlich am Ende seiner physischen Leistungsfähigkeit angekommen ist.

Ich habe geglaubt, daß es am reichlichsten sei, an einem konkreten Beispiel die Aufgabe der Handelspolitik zu erläutern. In ähnlicher Weise könnten wir ja auch dies für die Industrie tun. Auch hier finden wir wieder die gleichen Beweggründe, die ein Eingreifen der Handelspolitik erforderten — soziale, wirtschaftliche und politische. Wollte Deutschland die durch den Krieg 1870/71 eroberte Stellung als Weltmacht behaupten, wollte es sich nicht in die größte politische und wirtschaftliche Abhängigkeit geben, mußte es darauf bedacht sein, eine eigene Industrie zu schaffen und zu erhalten. Diese einmal vorhanden, konnte neben politischen Gründen schon aus den beiden andern genannten nicht geopfert werden. Aus dem Gesagten ergibt sich zur Genüge, daß eine Hauptaufgabe der Handelspolitik darin besteht, wichtige, für einen modernen Staat unentbehrliche Erwerbszweige zu erhalten und wenn nötig, zu schaffen. Und noch ein weiteres: es könnten besonders zu einer Zeit, wo sich die Technik so rasch entwickelt, in einer Volkswirtschaft tiefgreifende Umwälzungen vor sich gehen. Das mag ein Fortschritt der Technik bedeuten, sozial kann er von den schlimmsten Folgen begleitet sein. Da gilt es denn, durch bestimmte Maßnahmen den Uebergang zu erleichtern, den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich langsam auf die neuen Verhältnisse einzurichten.

Die Handelspolitik soll keine Einzelinteressen fördern, sie soll vielmehr eine Versöhnung der an sich einander widerstrebenden Gruppen herbeiführen. Der Konsument, der durch alle möglichen Zölle seine Lebenshaltung verteuert sieht, hat das Recht, daß ihm für dieses Opfer, das er im Interesse der Gesamtheit bringt, Gegenwerte geboten werden. Hier müssen Maßnahmen der inneren Handelspolitik die der äußeren ergänzen. Auch der Arbeiter kann mit Recht verlangen, daß seine Opfer, die er der Gesamtheit bringt, zum Teil wieder rückvergütet werden. Immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß unsere Handelspolitik und die soziale Gesetzgebung in einem ursächlichen Zusammenhange miteinander stehen. Diese letzte Zweifellosigkeit der Industrie gewaltige Lasten auf, wie sie kaum ein anderes Land fordert. Aber sie genießt durch unsere Handelspolitik sehr schätzenswerte Vorteile, von denen sie ein wenig auf die Arbeiter überträgt. Wo wir hinschauen, überall zeigt sich uns ein weitgehender Sozialismus. Hier finden wir keine Einzelkörper, die lediglich für sich ohne Rücksicht auf den andern existieren. Wir sehen vielmehr im gesamten Sozial- und Wirtschaftsleben einen Organismus, dessen Glieder durch viele verzweigte Interessen miteinander verbunden sind.

Wohnungsordnungen.

(Siehe den Artikel in der vorigen Nummer der Textilarbeiter-Zeitung.)

Wir haben bereits in dem Artikel in der vorigen Nummer dieser Zeitung gesagt, daß wir die Bestimmungen in dem preussischen Wohnungsgesetzentwurf über die Wohnungsaufsicht für den wichtigsten Teil des Entwurfs halten. Wir wollen der Uebersicht halber die Bestimmungen wiederholen.

Der § 1 des Artikels bestimmt:

Für Gemeinden und Gutsbezirke können im Wege der Polizeiverordnung allgemeine Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen erlassen werden (Wohnungsordnungen). Für Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10000 Einwohnern sind solche Wohnungsordnungen zu erlassen. § 2 lautet: Durch die Wohnungsordnungen kann vorgeschrieben werden, daß als Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen), nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen baupolizeilich genehmigt sind.

§ 3 sagt: Die Wohnungsordnungen können ferner insbesondere Vorschriften treffen über:

1. eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende bauliche Beschaffenheit und Instandhaltung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen),
2. eine den Anforderungen des Familienlebens entsprechende Trennung der von verschiedenen Haushaltungen benutzten Wohn- und Schlafräume (auch Küchen), voneinander,
3. die Zahl und die Beschaffenheit der erforderlichen Kochstellen, Aborte, Wasserentnahmestellen und Ausgänge,
4. die im gesundheitlichen und sittlichen Interesse zulässige Belegung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen),
5. die Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der von Dienst- oder Arbeitgebern ihren Dienstboten oder Gewerbegehilfen (Wesellen, Gehilfen, Lehrlingen) zugewiesenen Schlafräume,
6. die Bedingungen, unter denen die Aufnahme nicht zur Familie gehöriger Personen gegen Entgelt als Zimmermieter (Zimmerherren, Chambregaristen), Einlieger (Einlogierer, Miet-, Kost- und Quartiergänger), oder Schlafgänger (Schläfer, Schlafleute, Schlafsteller, Schlafgäste, Schlafwachen und -mädchen) statthaft ist,
7. die zur Durchführung der getroffenen Bestimmungen den Beteiligten, namentlich hinsichtlich der Anzeigen, Ausgänge usw. obliegenden Verpflichtungen.

In der Begründung wird unter anderem darauf hingewiesen, daß der Erlaß von Vorschriften über die Wohnungsbenutzung für die kleineren Orte in das Ermessen der zuständigen Behörden gestellt wird. Für die größeren Orte mit mehr als 10000 Einwohnern sollen diese Vorschriften allgemein eingeführt werden. Vorschriften der in Rede stehenden Art sind bereits in einzelnen Regierungsbezirken und Gemeinden im Wege der Polizeiverordnung erlassen. Sie haben sich als durchführbar und erfolgreich für die Verbesserung der Wohnungsbeziehungen erwiesen. Insbesondere wird erst durch genaue Festlegung der an eine Wohnung zu stellenden Anforderungen den unteren ausführenden Organen der wünschenswerte Anhalt für die Beurteilung der Frage gegeben, ob eine Wohnung noch als ausreichend zu erachten ist oder nicht.

Dann wird weiter bemerkt: Bei den erheblichen Gefahren, mit denen nach den bisherigen Erfahrungen namentlich die Aufnahme von Einliegern und Schlafgängern für die Wohnungsgeber wie für die von ihnen aufgenommenen Personen verbunden ist, wird auf eine polizeiliche Regelung der Bedingungen, unter denen die Aufnahme gestattet ist, besonders Gewicht zu legen sein. Durch die Vorschrift in Nr. 6 soll auch hier für die Regelung, wie sie bereits vielfach erfolgt ist, eine einwandfreie rechtliche Grundlage geschaffen werden. In Betracht kommen Vorschriften namentlich nach der Richtung, daß 1. die nicht zur Familie gehörigen fremden Personen der Regel nach getrennt vom Wohnungsgeber und seinen Familienangehörigen schlafen müssen, 2. die zur Unterbringung der fremden Personen benutzten Schlafräume und die dem Wohnungsgeber für sich und seine Familienangehörigen verbleibenden Räume bestimmten Mindestanforderungen insbesondere hinsichtlich der Größe, der Schlafräume der Einlieger und Schlafgänger auch hinsichtlich der Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung genügen müssen, und daß 3. die Einlieger und Schlafgänger in der Regel getrennt nach Geschlechtern schlafen müssen.

Da auch durch das Abvermieten möblierter Zimmer vielfach der dem Vermieter und seiner Familie verbleibende Raum unzulässig beschränkt wird und erfahrungsgemäß ein großer Teil der bestgestellten industriellen Arbeiter als Zimmermieter zu zweien oder mehreren in einem Zimmer wohnt, in dem dann häufig Nachts noch jüngere Familienangehörige des Wohnungsgebers untergebracht werden, so rechtfertigt es sich, auch für solche Verhältnisse eine polizeiliche Regelung gesetzlich außer Zweifel zu stellen. Während dem Zimmervermieter Verfügungsberechtigt über den von ihm gemieteten Raum zusteht, ist der Einlieger nur zu der Mitbenutzung des Raumes, und zwar, im Gegensatz zum Schlafgänger, dem das Mitbenutzungsrecht in der Regel nur für die Nachtzeit eingeräumt wird, sowohl bei Tage als auch bei Nacht berechtigt. Wo sich wegen der erwähnten Art der Unterbringung von gewerblichen Arbeitern erhebliche Schwierigkeiten ergeben, die Grenze zwischen Zimmermieter und Einlieger richtig zu ziehen, wird durch die Wohnungsordnung die Regelung zweckmäßig auch auf das Abvermieten möblierter Zimmer zu erstrecken sein. Der Ausdruck Zimmermieter, Einlieger, Schlafgänger begreift die männlichen und weiblichen Personen.

Die Aufsicht über das Wohnungswesen obliegt, unbeschadet der allgemeinen gesetzlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, dem Gemeindevorstand. Er hat sich von den Zuständen im Wohnungswesen fortlaufend Kenntnis zu verschaffen, auf die Fernhaltung und Beseitigung von Mißständen, sowie auf die Verbesserung der Wohnungsbeziehungen, namentlich auf die

Minderbemittelten, hinzuwirken, und die Befolgung der Vorschriften der Wohnungsordnung zu überwachen.

Für Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern ist zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamtsamt zu errichten, das mit dem erforderlichen in geeigneter Weise vorgebildeten Personal, insbesondere mit einer genügenden Anzahl beamteter Wohnungsaufsichter besetzt sein muß; dem Wohnungsamtsamt können auch ehrenamtlich tätige Personen als Mitglieder angehören. Für kleinere Gemeinden kann durch Anordnung der Aufsichtsbehörde die Einrichtung eines den vorstehenden Bestimmungen entsprechenden Wohnungsamts oder die Anstellung besonderer, in geeigneter Weise vorgebildeter, beamteter Wohnungsaufsichter vorgeschrieben werden. Mehrere Gemeinden können sich mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Errichtung eines gemeinsamen Wohnungsamts für ihre Bezirke vereinigen. Unter der gleichen Voraussetzung kann auch ein weiterer Kommunalverband für seinen Bezirk oder Teile seines Bezirks ein gemeinsames Wohnungsamtsamt errichten.

Die mit der Wohnungsaufsicht betrauten Personen sind berechtigt, bei Ausübung der Wohnungsaufsicht alle Räume, die zum dauernden Aufenthalte von Menschen benutzt werden, sowie die dazu gehörigen Nebenräume, Zugänge, Aborte zu betreten. Sie haben den Wohnungsinhaber oder dessen Vertreter bei dem Beginne der Besichtigung mit dem Zweck ihres Erscheinens bekannt zu machen und sich unaufgefordert durch öffentliche Urkunde über ihre Berechtigung auszuweisen. Die Besichtigung muß so vorgenommen werden, daß eine Belästigung der Beteiligten tunlichst vermieden wird.

S. P.

Abschluß und Aufhebung des Mietvertrages.

I.

Der bei weitem größte Teil unserer Arbeiter wohnt nicht im eigenen, sondern im fremden Hause. Die Rechtsregeln über die Miete haben daher für den Arbeiter ein besonderes Interesse. Wenn nun auch die von unserem bürgerlichen Gesetzbuch aufgestellten Mietregeln an und für sich auf alle Mietverhältnisse — es gibt deren im täglichen Leben mehr, als der Saie glaubt; so miete ich z. B. das Billard in der Wirtschaft, das Buch in der Leihbibliothek usw. — anzuwenden sind, so soll hier doch nur die Rede von der Wohnungsmiete sein, da diese einmal die häufigste Form der Miete ist, und da weiter das Gesetz einige besondere Regeln für sie aufstellt.

Wie kommt nun ein Mietvertrag zustande? Grundsätzlich schon durch die mündliche Verabredung. Wenn es auch in den letzten Jahren immer mehr und mehr Brauch geworden ist, daß die Vermieter — unter der Einwirkung der Hausbesitzervereine — sich von ihren Mietern Mietverträge unterschreiben lassen, so ist es doch falsch, zu glauben, man sei, solange man den Mietvertrag noch nicht unterschrieben hat, an ihn auch noch nicht gebunden. Wenn der Vermieter und der Mieter sich über die zu mietende Wohnung und über den Mietpreis einig geworden sind, so ist der Mietvertrag abgeschlossen. Natürlich kann man mit dem Vermieter ausdrücklich ausmachen, daß man erst gebunden sein soll, wenn man unterschrieben hat. Eine solche ausdrückliche Vereinbarung erkennt das Recht an.

Wenn nun aber auch das Recht, das Zustandekommen, des Mietvertrages grundsätzlich an keine Formlichkeit knüpft, sondern das bloße Wort genügen läßt, so weiß es doch auch, daß man mit den Worten immer eifriger ist, wie mit dem Unterschreiben, und es hat daher den Abschluß wichtiger Mietverträge doch etwas erschwert. Wichtige Mietverträge aber sind Mietverträge über Grundstücke, die für längere Zeit als ein Jahr abgeschlossen werden. — „Grundstücke“ sind nach der Sprache des bürgerlichen Gesetzbuches nicht nur der Grund und Boden, sondern alles, was mit dem Grund und Boden fest zusammenhängt, also auch Wohnungen. — Solche Mietverträge müssen schriftlich abgeschlossen werden. Werden sie nicht schriftlich abgeschlossen, so binden sie nur unbedingte für ein Jahr, für die spätere Zeit kann Vermieter oder Mieter sie kündigen. Diese Regel ist besonders für solche Arbeiter wichtig, die sich ein Häuschen mit Garten oder vielleicht ein Ladenlokal für ein nebenbei betriebenes Geschäft mieten. Haben sie vielleicht einen Mietvertrag zwar auf fünf oder zehn Jahre, aber nicht schriftlich abgeschlossen, und nun im ersten Jahre besonders viel Mühe auf den Garten verwandt oder sich in dem Ladenlokal langsam eine gute Kundenschaft erworben, so müssen sie machlos die Frucht einer Jahresarbeit opfern, wenn ihr Vermieter ihnen zum Schlusse des ersten Jahres das Häuschen oder das Ladenlokal kündigt. In diesem Falle ist der schriftliche Abschluß des Mietvertrages daher ein Gebot der Vorsicht. Uebrigens ist der schriftliche Abschluß des Mietvertrages in allen Fällen anzuraten; es werden dann im Laufe des Mietverhältnisses manche unliebsame Erörterungen über die gegenseitigen Rechte und Pflichten erspart.

Ganz falsch ist die bei vielen Leuten herrschende Auffassung, man könne innerhalb 24 Stunden von einem Mietvertrage zurücktreten. Eine derartige Bestimmung kennt unser Recht weder beim Mietvertrage, noch bei irgend einem anderen Vertrage, weil es auf dem recht vernünftigen Standpunkt steht, daß ein Mensch, so lange er noch nicht weiß, was er will, überhaupt keine Verträge schließen soll.

Die Beendigung des Mietverhältnisses erfolgt entweder in einer Weise, mit der die Parteien beim Abschluß des Mietvertrages schon gerechnet haben oder wenigstens rechnen konnten — ich nenne sie einmal die „ordentliche“ Beendigung — oder in einer von ihnen nicht erwarteten Weise — die „außerordentliche“ Beendigung.

Die ordentliche Beendigung geht in einer zweifachen Weise vor sich. Entweder ist der Mietvertrag auf eine bestimmte Zeit geschlossen, z. B. auf ein Jahr, oder bis zur Verjährung des Mieters usw., dann läuft das Mietverhältnis an diesem Zeitpunkt stillschweigend ab. Der Mieter braucht dem Hausbesitzer vorher nicht noch einmal mitzuteilen, daß er an diesem Zeitpunkt ausziehen wolle, und umgekehrt braucht der Hausbesitzer den Mieter auch zum Auszug nicht aufzufordern. Oder der Mietvertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, dann geht er nur zu Ende, wenn er gekündigt wird. — Hier sei bemerkt, daß ein auf bestimmte Zeit abgeschlossener Vertrag zu einem auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen wird, wenn der Mieter nach Ablauf der bestimmten Zeit wohnen bleibt und der Hausbesitzer nichts dagegen einwendet.

Die Kündigung ist die mündliche oder schriftliche Erklärung der einen Partei, also des Hausbesitzers oder des Mieters, an die andere, daß sie das Mietverhältnis beenden wolle. Ob die Partei, die die Erklärung gesandt wird, diese annimmt, ist gleichgültig. Es hat daher gar keinen Zweck, auf eine Kündigung zu antworten, man nehme sie nicht an, wie das oft geschieht. Auch hat es keinen Sinn, den Brief, in dem man eine Kündigung vermutet, nicht anzunehmen oder sich etwa die Ohren zuzufalten, wenn die andere Partei einem die Kündigung mündlich ausspricht. Denn es kommt nur darauf an, ob man den Brief lesen oder die Erklärung hören konnte, wenn man wollte; ob man gelesen oder gehört hat, ist vollkommen gleichgültig.

Nun ist das Mietverhältnis in der Regel aber noch nicht aufgelöst in dem Augenblicke, wo die Kündigung erklärt wird, sondern zwischen diesem Augenblicke und dem Ende des Mietverhältnisses muß eine Frist liegen, und das Ende des Mietverhältnisses muß außerdem auf einen bestimmten Zeitpunkt, z. B. Ende des Monats, des Vierteljahres usw. fallen. Wie lange nun diese Frist sein soll und auf welchen Zeitpunkt das Ende des Mietverhältnisses fallen soll, müssen die Parteien beim Abschluß des Mietvertrages vereinbaren. Bei dieser Vereinbarung haben sie unbeschränkte Freiheit. Erst wenn sie darüber nichts ausgemacht haben, gibt das Gesetz selbst die nötigen Bestimmungen. Die von dem Gesetze gegebenen Bestimmungen nennt man schlechtthin „gesetzliche Kündigungsfristen“.

Allgemeine Rundschau.

Die Folgen des Färberstreiks. Der Meid soll es eingestehen: famos ist die Entwicklung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in der Filiale Krefeld, die sich aus Krefeld-Stadt und Vorort Bochum zusammensetzt. So „großartig“ war diese Entwicklung im Jahre 1918, daß wir gezwungen sind, davon Notiz zu nehmen. Wir tun es aber auch deshalb, um das „große Vertrauen“ zu kennzeichnen, dessen der sozialdemokratische Verband sich bei der Krefelder Arbeiterschaft erfreut. Dies Vertrauen soll seit dem letzten Färberstreik, bei dem die Färberarbeiter von den verantwortlichen Leitern des sozialdemokratischen Verbandes bekanntlich 17 Wochen lang im Streik eingehalten wurden, noch gewaltig gesteigert haben. Also!

Die Filiale Krefeld zählte laut Jahrbuch des sozialdemokratischen Verbandes für das Jahr 1912 am 31. Dezember 1912 3627 Mitglieder. In der Nr. 131 Beilage der sozialdemokratischen „Niederrheinischen Volkstribüne“ vom 6. Juni 1913 heißt es in einer Polemik gegen unsere Krefelder Ortsgruppe:

„Der deutsche Textilarbeiterverband hat in seiner Filiale Krefeld in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1913, also im ersten Quartale, 309 Mitglieder gewonnen, in der Zeit vom 1. April bis 1. Juni, als der christliche Verband 135 Mitglieder verlor, hat der deutsche Textilarbeiterverband über 600 Mitglieder gewonnen! Der deutsche Textilarbeiterverband ist also innerhalb von fünf Monaten, in welcher Zeit der Verband christlicher Textilarbeiter um 88 Mitglieder abnahm, um mehr als 900 Mitglieder gestiegen.“

Diese mehr als 900 neuen Mitglieder zu den 3627 vom 31. Dezember 1912 ergibt die Summe von 4536 Mitgliedern. Das war also der Mitgliederbestand des „deutschen“ Verbandes in der Filiale Krefeld am 1. Juni 1913.

Am 20. Juni wurde der verachtete Färberstreik sang- und klanglos beendet. Da war es mit der Aufwärtsentwicklung der Mitgliederzahlen in der Filiale Krefeld vorbei. Sie entwickelte sich zwar auch jetzt noch, aber in krebsartiger Richtung.

In der Nr. 247 Beilage der „Volkstribüne“ vom 20. Oktober 1913 wird über die Mitgliederversammlung der Krefelder Filiale berichtet, in der auch die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt gegeben wurde. Am Schlusse dieses Berichtes heißt es: „Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 2696 männliche und 662 weibliche, zusammen also 3358.“

Da gestatten wir uns denn doch die Frage: Wo sind denn die über 900 neugewonnenen Mitglieder geblieben? Am 31. Dezember 1912 waren doch schon 3627 Mitglieder vorhanden. Schon am 1. Juni 1913 waren über 900 Mitglieder zugekommen, also 4536 Mitglieder vorhanden. Jetzt gibt man 3358 Mitglieder an, das ergibt seit Juni 1913 einen Verlust von 1178 Mitgliedern. Solche Entwicklung zeugt gerade nicht von großem Vertrauen der Krefelder Textilarbeiterchaft zu dem sozialdemokratischen Verbande und seiner Leitung.

Daß es so und nicht anders kommen mußte, war für jeden denkenden Menschen selbstverständlich. Daß es aber so kam, trotz aller Heze gegen den verhassten christlichen Verband, ist für den sozialdemokratischen Verband eine doppelt bittere Pille. Hoffentlich aber führt sie die Gesundung herbei insofern, als der sozialdemokratische Verband bei zukünftigen ähnlichen Bewegungen

nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handelt. Hätte er dies damals schon gemacht, wäre ihm die Auszahlung von 52 909,03 M. an noch ausgesperrte Färber im dritten Quartale erspart geblieben.

Hoffentlich kommen bald alle vernünftig denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu der Einsicht, daß mit Pfaffen, Schimpf- und Schlagworten die Lage der Arbeiterschaft um keinen Deut gebessert wird, sondern nur durch besonnenen Gewerkschaftsarbeit. Die ist aber beim sozialdemokratischen Verbands nicht zu suchen.

Arbeitslosenfürsorge und christlich-nationale Arbeitergesellschaft. Der Soziale Ausschuss der Düsseldorf christlich-nationalen Arbeiterorganisationen hat dem Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung folgende Eingabe unterbreitet:

1. Die Stadt möge angesichts der bereits vorhandenen und im kommenden Winter aller Wahrscheinlichkeit nach noch zunehmenden Arbeitslosigkeit rechtzeitig für ausreichende Notstandsarbeiten Sorge tragen und die hierfür nötigen Mittel bereitstellen. Der genannte Ausschuss legt besonders großes Gewicht darauf, daß die vorgehenden städtischen Bauten so weit wie möglich jetzt schon in Angriff genommen werden, um den besonders im Baugewerbe vorhandenen arbeitslosen Arbeitern Beschäftigung und Verdienst zu schaffen. Damit verknüpft der Soziale Ausschuss die Bitte, die Stadtverwaltung möge in den städtischen Betrieben, die ihre Arbeiter während des Winters nicht voll zu beschäftigen vermögen, von Arbeiterentlassungen absehen und versuchen, die betreffenden Arbeiter entweder durch Reduzierung der Arbeitszeit oder durch Zuweisung anderweitiger Arbeit weiter zu beschäftigen.

2. Ersucht der Soziale Ausschuss die Stadtverwaltung, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß

a) in Zukunft die größeren städtischen Arbeiten in kleineren Losen zur Vergebung gelangen, damit mehr wie bisher Düsseldorf Unternehmer in größerer Zahl berücksichtigt werden können;

b) bei den Arbeiten, die von der Stadtverwaltung vergeben werden oder auf deren Ausführung sie einen Einfluß ausüben vermag, in erster Linie einheimische Arbeiter beschäftigt werden.

3. Beantragt der genannte Ausschuss die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung. Diese soll bestehen in einer städtischen freiwilligen Versicherungskasse mit Beiträgen der Versicherten.

Zu der vorgeesehenen Arbeitslosenunterstützung soll die Stadt einen bestimmten Zuschuß gewähren. Ein Zuschuß in gleicher Höhe soll auch den unverschuldet arbeitslos gewordenen Mitgliedern jener Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten gewährt werden, die von ihrer Organisation Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Die nähere Prüfung dieser Frage, wie auch die nötigen Vorarbeiten für die zu schaffende Versicherung würden zweckmäßigerweise der Kommission für gewerbliche und soziale Angelegenheiten (eine städtische Kommission, v. N.) überwiesen werden unter Zuziehung je eines Vertreters der interessierten Organisationen der Arbeiter und Angestellten und eines Vertreters des städtischen Arbeitsnachweises.

4. Um die nötigen statistischen Unterlagen für diese Arbeitslosenversicherung zu gewinnen, schlägt der Soziale Ausschuss die Vornahme einer zuverlässigen Arbeitslosenzählung vor. Diese könnte unter Mitwirkung der oben erwähnten Organisationen erfolgen.

5. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

a) an den Reichstag und an den Bundesrat mit dem Ersuchen heranzutreten, von Reichswegen periodische Arbeitslosenzählungen vorzu-

nehmen, um so die statistischen Unterlagen für eine Reichsarbeitslosenversicherung zu schaffen;

b) an den Preussischen Landtag die Forderung zu richten, ein Gesetz zu schaffen, das den Gemeinden die Einführung der Zwangsarbeitslosenversicherung ermöglicht; ferner, daß nach dem Vorbilde von Bayern Mittel bereit gestellt werden, um die gemeindlichen Arbeitslosenversicherungen aus Staatsmitteln zu unterstützen.

Verhaftung eines christlichen Gewerkschaftssekretärs. Das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, „Die deutsche Metallarbeiterzeitung“, schreibt (Nr. 45, 1913): „Die sozialdemokratische und die gelbe Werkereinspresse berichtet mit breitem Behagen, daß der Gewerkschaftssekretär Kollege Schümmer in Stolberg verhaftet worden sei und daß Eidesverletzung vorliegen solle. Der Kollege Schümmer ist inzwischen aus der Haft entlassen worden. Die Ursache, warum die Verhaftung erfolgte, ist folgende:

Ein im christlichen Metallarbeiterverband organisierter Arbeiter der Firma Prym in Stolberg, der Obmann des Arbeiterausschusses und allgemein beliebt war, ferner jahrelang zur vollsten Zufriedenheit des Wertes gearbeitet hatte, wurde plötzlich entlassen. Angeblich deswegen, weil er als Vermittler Eisenwaren nicht immer gebezelt oder geschauert, sich die Arbeiten trotzdem hätte bezahlen lassen. Die Firma reichte gegen den Arbeiter deswegen eine Klage auf Betrug ein. Mit dieser Klage wurde die Firma aber abgewiesen, weil diese Arbeiten seit Jahren in derselben Weise unter Aufsicht des Meisters ausgeführt worden waren, wie es der entlassene Arbeiter auch gemacht hatte. Dem entlassenen Arbeiter wurde vom christlichen Metallarbeiterverband Rechtsschutz zuteil. Schümmer hat nun als Rechtschutzbeamter des Verbandes eine genaue Prüfung der Angelegenheit vorgenommen. Aus dem inzwischen eingezogenen Aktenmaterial wird sich ergeben, daß Schümmer mit der größten Vorsicht vorgegangen ist. Eine Beeinflussung der Zeugen ist nicht erfolgt. Im Gegenteil, die Zeugen sind noch besonders ermahnt worden, die Wahrheit zu sagen. Die so erfolgten Aussagen der Zeugen hat Schümmer dem Rechtsanwalt des Beklagten übermittelt.

Inzwischen ist die Prüfung des Aktenmaterials erfolgt und Schümmer aus der Haft entlassen worden.

Rechenkünster. In der sozialdemokratischen Presse produziert sich ein Rechenkünster. Er will nachweisen, daß in den Domänen des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter die Löhne der Textilarbeiter mehr gestiegen seien als dort, wo die christliche Textilarbeiterorganisation die Mehrzahl der organisierten Arbeiter in ihren Reihen habe. Darum hätten „die katholischen Arbeiter alle Ursache, zu prüfen, ob die christlichen Gewerkschaften den materiellen Aufstieg nicht eher hindern als fördern.“

Die Beweisführung des sozialdemokratischen Rechenkünsters — der wohl im Zentralbüro des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes sitzt — ist ganz verblüffend einfach. Er rechnet einfach mit Prozenten. Und da nun in den Domänen des sozialdemokratischen Verbandes die Jahresschnittslohne viel niedrigere sind als in Rheinland-Westfalen, ist die Prozentziffer, die die Steigerung veranschaulichen soll, natürlich höher. Die sozialdemokratische Presse scheint ihren Lesern wenig Urteilskraft zuzutrauen, sonst würde sie mit einem solchen plumpen Zahlenpiel nicht kommen.

Nach den Berechnungen der Textilberufsgenossenschaften sind die Löhne der Textilarbeiter von 1888 bis 1911 gestiegen in

Sachsen	von 515 auf 791 M.	= 276 M. Steigerung
Norddeutschland	546 " 863 "	= 317 " "
Schlesien	415 " 627 "	= 212 " "
Rheinl.-Westf.	648 " 927 "	= 279 " "

In den sozialdemokratischen Domänen Schlesien und Sachsen steht also der Durchschnittslohn nicht bloß erheblich unter dem Satz von Rheinland-Westfalen, er ist dort auch weniger gestiegen als hier.

In der gleichen Artz in der sozialdemokratischen Presse wird auch versucht, das Bild dadurch zugunsten des „deutschen“ Verbandes zu verschieben, daß man die Bezirke Elberfeld und Barmen mit ihren höheren Durchschnittslöhnen herausgreift. Der sozialdemokratische Rechenmeister hat nur vergessen, zu sagen, daß in diesen Bezirken sehr viel selbständige Handwerkermeister mit den Berufsangehörigkeiten angehören, die den Durchschnittslohnsatz auf die Höhe bringen. Ein Vergleich mit den Löhnen der Fabrikarbeiter ist darum gar nicht angebracht. Aber der rote Rechenkünster kann nicht ohne diese Tricks auskommen, denn sonst vermöchte er ja gar nicht zu beweisen, was er unbedingt beweisen muß.

Sie schwindeln aus — Taktik. Eigenartige Auffassungen über Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit sind unter den Beamten der „freien“ Gewerkschaftsbewegung anzutreffen. Das zeigt folgende Begebenheit:

In der „Neuen Zeit“ hatte sich Rosa Luxemburg bei der Verteidigung des Massenstreiks auf Zahlen und Angaben berufen, die Flugschriften und dem Geschäftsberichte der Verwaltungsstelle des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hagen entnommen worden waren. Flugs meldet sich der Verfasser der Flugschriften und des Geschäftsberichtes, der Bevollmächtigte Ernst aus Hagen, und wirft der Luxemburg Fälschung vor, denn

„Sie hätte wissen müssen, daß derartige Veröffentlichungen nicht lieb- und sich fest sind, und hätte sie auf Grund dessen nicht zu Unterlagen bei wissenschaftlichen Artikeln benutzen dürfen. Bevor sie dieses tat, hätte sie sich bei berufener Stelle erkundigen müssen, ob derartige Veröffentlichungen zu einer derartigen Arbeit benutzt werden können.“

Zu diesem eigenartigen Geständnis eines „freien“ Gewerkschaftsführers bemerkt die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 54 vom 1. November):

„Wir gestehen, daß wir Ähnliches nicht erwartet hätten. Bisher waren wir der Ueberzeugung, daß Flugschriften, die eine Arbeiterorganisation veröffentlicht, Geschäftsberichte eines Verbandes historische Dokumente sind, die unter anderem auch den Zweck haben, daß das in ihnen Gesagte als Richtschnur für die Zukunft dienen soll. Jetzt erfahren wir von einem Gewerkschaftsführer, daß man diesen Dokumenten das größte Mißtrauen entgegenzubringen hat, daß man einem Geschäftsbericht nicht trauen darf und vorher Kommentare dazu einholen muß.“

Uns drückt das Gefühl die Feder in die Hand, daß wir es hier mit einer über alle Maßen gefährlichen Erscheinung zu tun haben. Wenn, wie es hier geschieht, ganz offen das Recht der Organisationsleiter auf Unwahrhaftigkeit, auf Irreführung der Öffentlichkeit zum Prinzip erhoben wird, so bedeutet das eine Untergrabung des Vertrauens, die sich, wenn die Anschauungen des Bevollmächtigten in Hagen Zustimmung in Gewerkschaftskreisen finden sollten, furchtbar rächen würden.“

Wir haben diesen Bemerkungen der „Leipziger Volkszeitung“ nichts hinzuzufügen. Unsere Leser aber werden

Wie der August seinem Sohn das Standesbewußtsein beibrachte.

Peter war Fadenjunge in der Fabrik. Morgens trug er mit großem Selbstbewußtsein seinen Hentelmann, wo Suppe, Gemüse und Fleisch darin war; schlenkerte weit mit den Armen; machte Riesenschritte wie ein Erwachsener; hatte die Kappe etwas fest im Nacken sitzen und die struppigen Haare bloß mit der Hand zurückgestrichen.

Es gefiel dem Peter gut in der Fabrik. Warum auch nicht? Zwar die Arbeit war so langweilig, so eintönig; aber in den Pausen konnte man Witze machen, sich tummeln. Und erst der Heimweg! Auf dem Hinwege, ja, da hieß es lange Schritte machen, daß man rechtzeitig an der Kontrolle war; aber auf dem Heimwege, da hatte man Zeit. Da konnte man sich im Winter mit Schneebällen werfen, konnte ab und zu Spektakel machen, die Mädchen bang machen, wider die Leute anrennen.

Eines Abends kommt sein Vater, der August, dazu. Sieht seinen Erstgeborenen, wie er mit vier andern Bengeln sich auf der Straße nachläuft; wie er gegen ein Mädchen anrennt und dann wüßt anschlacht. Und im August lachte es; der August hält nämlich etwas auf Arbeiterlehre; er schämt sich, daß er, der Gewerkschaftler, der regelmäßige Kursussteilnehmer im Arbeiterverein, so etwas erleben muß von seinem eigenen Sprößling. Die Hand fährt an den Leibgurt. „Komm du nach Hause, du...“ so knurrt er.

Unterwegs lacht es noch immer im August. „Der Lump! Der Straßenbengel! Er soll nach Hause kommen! Ist das Standesbeze? Ist das Stolz? Der August hat neulich noch über die Verwahrlosung der Jugend gesprochen im Verein, und nun — diese Schande — von seinem eigenen!“

„Aber August, wer hat denn zu deinem Peter jemals von Standesbeze gesprochen? Der Peter kann's doch aus sich selbst nicht wissen. Du hast ihn in den Jünglingsverein gehen lassen — weißt du, daß dies genug wäre? Nein, lieber August, der Junge ist noch in einem Alter, wo Männlichkeit mit Hegelei verwechselt wird. Er bildet sich vielleicht ein, eine Heldentat verübt zu haben. August, du bist auch ein wenig Schuld an dem Benehmen deines Jungen.“ So geht's

dem August durch den Kopf, so regt sich sein Gewissen. Und der August, der ein vernünftiger Mensch ist, muß ihm recht geben.

„August, willst du den Sechzehnjährigen noch verprügeln? Ihm die Ehre aus dem Leib prügeln? August, laß den Leibgurt fest; verjuch es auf andere Weise.“

August kommt nach Hause, und der Junge auch. Und der Leibgurt bleibt fest. Bloß im Auge des August ein Lobern väterlicher Strenge, daß der Peter den Blick senkt und sich denkt: „Ob er's weiß?“

Nach dem Abendessen drängt der Peter hinaus, zu Bett. Er fühlt sich nicht gemüht.

„Bleib hier, die Mutter kann die Kleinen zu Bett bringen.“

Sie sitzen sich gegenüber. Der Vater schaut ihm ernst und streng ins Auge. „Junge, weißt du, was dir schon bevorstehen hat?“

„Mein Vater!“

„Eine Tracht Prügel, wie du sie seit der Schulzeit nicht mehr bezogen hast.“ Peter senkt den Kopf. „Ich habe vorher beim Benehmen auf der Straße beobachtet. Warum ich dich nicht prügelte? Ich denke, daß du es aus Dummheit und Unüberlegtheit gemacht hast. Ich hab mit Schuld, daß ich es dir nicht zeitig gesagt habe. Du sollst jetzt lernen, vernünftig zu handeln. Denk nur einmal, ein anständiger Junge hat dich gesehen; etwa einer, der mit dir auf der Volksschule war und nun Kaufmannslehrling oder Handwerkerlehrling ist. Was hätte der von dir gedacht? Ich will es dir sagen; der hätte gedacht, daß du ein Lump geworden bist; einer vom Böbel; einer aus der Gese des Volkes; daß man sich schämen muß, mit dir bekannt zu sein; daß man einen anderen Weg schauen muß, wenn du einem auf der Straße begegnest. Noch mehr, weil die Menschen gleich alles verallgemeinern, sagen sie: O Peter, über die Arbeiterjugend! Man sieht doch wieder, daß sie die Hefe sind.“ „Also nicht bloß dich selbst hast du verschimpft, sondern auch unseren ganzen Stand. Man muß sich ja schämen, ein Arbeiter zu sein, wenn sich die Arbeiterjugend so benimmt.“

„Nun, Junge, für diesmal verzeihe ich's dir; aber für die Zukunft sollst du wissen, daß du einem ehrenhaften Stand angehörst; einem Stande, der vorwärts strebt; einem Stande, der die Gleichberechtigung mit den anderen Ständen als sein gutes Recht in Anspruch nimmt. Manchen kommt es gerade

recht, wenn sich die Arbeiterjugend pflegelhaft benimmt. Dann können sie aus scheinbarem Recht sagen: „Die Arbeiter haben keine Kultur; betragen sich wie die Wilden; darum kann man ihnen auch keine Rechte geben.“ Das sollen sie nicht sagen. Wir wollen uns unsere Rechte erkämpfen nicht mit Gewalt, sondern so, daß wir den anderen sagen können: Wir Arbeiter sind Menschen so gut wie ihr; wir sind gesetzte Bürger; wir erziehen unsere Kinder so gut und anständig wie ihr.“ Dann müssen sie uns als gleichberechtigt anerkennen. Das tun sie vielfach schon. Eine Menge Arbeiter sind schon im Stadtrat. Die anderen Bürger haben sie mitgewählt. Mehrere sind schon im Reichstag und im Landtag. Auch die haben die anderen Stände mitgewählt.

Siehst du nun mein Junge, daß wir Arbeiter dafür verantwortlich sind, daß unser Stand immer mehr anerkannt und geachtet wird? Siehst du ein, daß du durch deine Rohheit dem Stande geschadet hast? Daß alle Arbeiter, die des Sonntags befrunken auf der Straße sind und schreien und spektakeln, ein Fluch sind für unsere Standesbewegung?“

Der Peter steht ein; die heißen Tränen laufen ihm über die Backen.

„So, Junge, jetzt denk ich, daß ich keinen Lump zum Sohne habe, sondern einen Mann. Dann achten dich die Kameraden mehr, als wenn du ein Klotz bist. Dann gewinnst du Einfluß auf sie. Ich hoffe nun nicht, daß du mich in die Lage bringst, einen jungen Mann wie einen ehrlösen Burken zu behandeln und prügeln zu müssen. Gehe jetzt zu Bett. Vergiß dein Abendgebet nicht.“

„Gute Nacht, Vater!“

„Gute Nacht, Peter!“ Morgen abend bist du zeitig hier; ich will mit dir einen Spaziergang in den Stadtwald machen.“

Und der Peter ist ein Mann geworden, weil ihn das Standesbewußtsein gepackt hat.

Wir entnehmen diese Skizze dem soeben erschienenen Büchlein von Anton Geinen: Lebenspiegel. Preis 1,60 M. Verlag des Volksvereins für das katholische Deutschland. Das ausgezeichnete Büchlein empfiehlt sich vorzüglich zu Geschenkzwecken für die katholische Arbeiterschaft.

daraus die Lehre ziehen, daß man die Angaben und Berichte der sozialdemokratischen Verbände nur mit der größten Vorsicht aufnehmen darf.

Gut getroffen. In den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 22 d. J.) heißt es mit einigen scharfen und durchaus treffenden Worten Max Schippel die Art, wie die Sozialdemokratie wichtige Fragen des Volks- und Wirtschaftslebens behandelt und wie sie die Einwände ihrer Gegner zu entkräftigen versucht.

Schippel stellt fest, daß „einige sozialdemokratische Parteiliste und Parteizeitungen noch immer ein maßloses Defizit an jeglicher wirklichen Sachkenntnis durch einen ebenso maßlosen Ueberfluß von agitatorischem Eifer ersetzen zu können glauben“.

Dann schreibt Schippel weiter, es habe sich in der Sozialdemokratie

„eine vielgeschäftige, mitunter sogar erstaunlich rührige Ausschüttisammelei und Zitatenteilerie entwickelt, die zur oberflächlichen täglichen Unterhaltung von Zeitungslesern und Versammlungsbesuchern ganz brauchbar und zugänglich sein mag, die aber zur wirklichen Erkenntnis des festen Kerns der gegnerischen Position meist nicht das geringste beiträgt, ja, die sogar häufig der richtigen Bewertung schnurstracks zuwiderläuft: wie alles kritiklose Zusammenwerfen von Nebensächlichem und Entscheidendem, wobei allerdings das Nebensächliche nicht selten das Sensationellere und das Entscheidende das weniger Auffällige ist“.

Das Bild ist gut getroffen. Es trifft die Manier des Krähig im „Textilarbeiter“ aufs Haar.

Die allein fähigen Arbeitervertreter. Nur die Genossen sind fähig, in den sozialen Körperschaften als Vertreter der Arbeiter tätig zu sein. Die christlichen Arbeiter sind Stümper, Dummköpfe, Esel, Schlafmützen, kurz, unfähige Tröpfe. Eine treffende Illustration zu dieser maßlosen Ueberhebung der Sozialdemokratie gibt ein Rundschreiben, das der Beamte des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter in M.-Glabbach, der als Christentöter bekannte Genosse Water, im Auftrage des sozialdemokratischen Gewerkschaftsartells M.-Glabbach an die dortigen Krankenkassenvertreter versandt hat. Darin heißt es:

„Werte Kollegen! Durch die Saumseligkeit unserer zur Zeit gewählten Vertreter zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in M.-Glabbach haben wir fast alle Vertreter verloren. Diejenigen, welche noch im Amte sind, kümmern sich wenig oder garnicht um ihre Pflichten.“

Zu diesem überaus bezeichnenden Urteil über sozialdemokratische Krankenkassenvertreter sei noch mitgeteilt, daß in einer Generalversammlung mit der Tagesordnung „Wahl des Vorstandes“ von sämtlichen Arbeitnehmervertretern der sozialdemokratischen Richtung nur ein einziger anwesend war.

Das ist ja ähnlich, wie f. B. in Düsseldorf, wo ein sozialdemokratischer Gewerbegerichtsbeisitzer während der Verhandlungen — schlief.

Sozialdemokratie und Religion. In Berlin fanden kürzlich vier große Volksversammlungen statt mit dem Thema: „Massenstreik gegen die Staatskirche“. Einberufen waren sie von einem Komitee „Konfessionslos“. In den Versammlungen traten nicht weniger wie vier sozialdemokratische Reichs- und Landtagsabgeordnete auf. Auch die Zuhörer rekrutierten sich fast ausschließlich aus den Kreisen der Sozialdemokratie. Triumpierend berichtete der „Vorwärts“, das führende Organ dieser Partei, von einem Massenansturm zu den Versammlungen. Nach dem Bericht dieses Blattes wurden in diesen die ärgsten Beschimpfungen speziell gegen die evangelische Landeskirche ausgesprochen. Genosse Dr. Karl Liebknecht sprach von dieser als einem „Instrument der herrschenden Klassen zur Unterdrückung der breiten Massen des Volkes“. Wer ein Kämpfer sein wolle für wirtschaftliche und politische Befreiung, aufgebaut auf dem Grundsatz: „Gleichheit alles Besseren, was Menschenamtlich trägt“, also mit anderen Worten, wer Sozialdemokrat ist, der sei verpflichtet, auszutreten aus der Landeskirche. Genosse Haus bezeichnete letztere ebenfalls als „ein Instrument der Klassenherrschaft“. Wenn wir Revolution wollen“, meinte der Redner, „dann müssen wir machen, was wir heute schon zu unserer Befreiung machen können, und nicht warten, bis der Tag kommt, von dem man den Ausbruch der Revolution erwartet.“ Der Genosse Adolf Hoffmann, bekannt als Behngedde-Hoffmann, schob der Kirche einen Hauptteil der Schuld „an der menschenverwüstenden Reaktion“ zu. Sie sei „mit schuld an den Kriegen, an der Völkerverheerung, an den Rüstungen, an der Menschenvernichtung“. Alle Redner forderten zum Austritt aus der Landeskirche auf. Der Erfolg war, daß in den Versammlungen insgesamt 1328 Austrittserklärungen abgegeben wurden.

Trotzdem operiert die Sozialdemokratie dort, wo es aus agitatorischen Gründen für geboten erscheint, immer noch mit der heuchlerischen Phrase: Religion ist Privatsache. In Wirklichkeit ist diese Partei die Todfeindin jeder Religionsgemeinschaft. Das haben die Berliner Versammlungen aufs neue klar bewiesen.

Gelbe Jugendpflege. Seit längerer Zeit versuchen auch die Arbeitgeber auf die Jugendpflege Einfluß zu gewinnen. Wie dabei vorgegangen wird, zeigt folgender Fall, der letzthin von sozialdemokratischen Blättern berichtet wurde. Die Firma Friedr. Krupp, Aktiengesellschaft Germania in Riel, hat in ihren Lehrverträgen die Bestimmung, daß die Lehrlinge verpflichtet sind, an allen Veranstaltungen des von der Werft errichteten Jugendvereins teilzunehmen. Wer das nicht tut, der scheidet

Aus dem Brief an den Vater eines Lehrlings, der von den beiden Direktoren der Werft, Steinicke und Buschfeld, unterzeichnet ist, wird folgende Stelle wiedergegeben:

„In dem mit Ihrem Sohne, den . . . geschlossenen Lehrvertrag ist ein Passus vorhanden, laut welchem Ihr Sohn während der Probezeit an den Veranstaltungen des Jugendvereins der Gemantawerft teilzunehmen hat.“

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß wir den Lehrvertrag aufheben werden, falls Ihr Sohn den Veranstaltungen des Vereins auch weiter fernbleibt.“

Von einer ähnlichen zwangsweisen Jugendpflege kann auch aus Düsseldorf berichtet werden. In der Düsseldorfer Patronenfabrik muß jeder Lehrling bzw. sein Vertreter sich im Lehrvertrag verpflichten, dem Jungdeutschlandbunde beizutreten und an all seinen Veranstaltungen teilzunehmen. Die Arbeitgeber hoffen, dadurch die jungen Leute sowohl von der sozialdemokratischen als auch von der konfessionellen Jugendpflege abzuhalten und sie für den gelben Wertverein vorzubereiten.

Das sind Auswüchse der „Jugendpflege“, dem die christlich-nationale Arbeiterchaft die größte Beachtung schenken muß. Solche Art der Jugendpflege muß auf den Charakter der jungen Leute einen geradezu verderblichen Einfluß ausüben. Es besteht die Gefahr, daß die sogenannte neutral-bürgerliche Jugendbewegung gelb verfeucht und zu einem großen Hindernis für unsere christliche und nationale Arbeiterbewegung wird.

Die Concordia ist die anerkannte Organisation für die christlichen Radfahrer in Deutschland und besteht seit 1909. Die Mitgliederzahl ist ständig im Wachsen begriffen. Der Verband zählt nunmehr bald 17000 Mitglieder in etwa 700 Ortsvereinen. Das Ehrenpräsidium hat in lebenswürdiger Weise Se. Durchlaucht Fürst Alois Löwentstein übernommen.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Concordia für jeden Radfahrer unentbehrlich, da die Mitglieder gegen einen jährlichen Beitrag von M. 2,60 mit M. 1 — Tagesentschädigung gegen Unfall, mit 1000 M. bei Todesfolge, bis 3000 M. bei Invalidität, ferner gegen Haftpflicht bei Verletzung oder Tötung von Personen bis 20000 M. und 80000 M. für ein Schadenersatz, sowie gegen Sachbeschädigung bis 10000 M. versichert sind. Das reichhaltig ausgestattete Verbandsorgan (Ausgabe 20000 Exemplare) erhält jedes Mitglied allmonatlich kostenlos. Neben Grenzarten zum zollerlagfreien Passieren der Grenze nach Oesterreich und den übrigen Ländern gewährt der christliche Radfahrerverband Concordia zu ermäßigten Preisen geeignete Tourenblätter, Wegkarten usw.

Auf dem letzten Verbandstage in Freiburg wurde auch eine Sterbekasse errichtet. Es erhalten die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder nach deren

1	jährlicher Mitgliedschaft	30 M.	Sterbegehalt
2	"	40	"
3	"	50	"
5	"	60	"

Es existiert in Deutschland kein Radfahrerverband, der derart günstige und nützliche Einrichtungen aufweisen kann. Wir können daher den verehrlichen Sportsfreunden und vielerorts bestehenden Radfahrervereinen den Anschluß an die Concordia nur empfehlen. Näheren Aufschluß über alle Fragen erteilt die Verbandsleitung in Bamberg, Nonnenbrücke. Kostenlos ist dortselbst auch Werbematerial zu beziehen.

Stand der Sozialversicherung in Europa.

Deutschland ist auf dem Gebiete des sozialen Versicherungswesens bahnbrechend getreten. Vor drei Jahrzehnten wurde unter der Regierungszeit des alten Kaisers der erste und große Wurf, die Einführung des deutschen Krankenversicherungsgesetzes vollzogen. Vorbilder hierfür waren, abgesehen von einer Anzahl privater sozialen Einrichtungen, staatlicherseits nirgends vorhanden. In diesen 30 Jahren ist von der Regierung und Volksvertretung dem zwar langsamen, aber stetigen Ausbau der deutschen Sozialversicherung das Augenmerk zugewendet worden. Man war sich beiderseits jedenfalls bewußt, daß die soziale Gesetzgebung den Preis für die sonst verlorengehenden Lebensgüter der Nation und das unumgänglich notwendige Korrelat zur neuzeitlich-kapitalistischen Wirtschaftsweise darstellte.

Heute haben wir in Deutschland die Möglichkeit, auf Grund der neuen Reichsversicherungsordnung die Krankenhilfe und -pflege gut auszubauen. Die Unfallversicherung ist hinsichtlich des Verfahrens vor den Behörden verbessert, und auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sowie der Angestelltenversicherung sind beachtliche Anfänge gemacht worden. Der Gedanke einer reichs-gesellschaftlichen Arbeitslosenversicherung pocht ebenfalls immer vernehmlicher an die Tore der Regierung und Gesetzgebung. Deutschland hat zwar die Führerrolle auf sozialgesetzgeberischem Gebiet noch nicht verloren, aber auch die anderen europäischen Staaten rücken allmählich nach, einzelne sogar sprunghaft. Zur Zeit besteht schon in fast allen und zwar in 10 europäischen Staaten eine Arbeiterversicherung.

Wir wollen in Nachstehendem eine knappe Darstellung des sozialen Fortschritts in den 19 Staaten geben. Vorweg sei bemerkt, daß auch in den uns nachfolgenden Staaten der Grundsatz der staatlichen Zwangsversicherung gegenüber der freiwilligen Versicherung mehr und mehr zur Geltung kommt. Die neuen Versicherungsgesetze in England und Rußland sind z. B. auf der Grundlage der Zwangsversicherung ins Leben getreten. Belgien und Holland erweitern die Zwangsversicherung auf weitere Berufszweige.

In Oesterreich sind nur die Arbeiter und Betriebsbeamten im Gewerbe und in der Seefahrt gegen Krankheit zwangsversichert. Für die Landwirtschaft und Hausindustrie besteht nur die freiwillige Versicherung. Gegen Unfall sind dort zwangsversichert die gewerblichen Arbeiter und Betriebsbeamten (bis 2000 M.) einschließlich der landwirtschaftlichen Motorenbetriebe und der Seefahrt. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter, Hausgewerbetreibenden und sonstigen kleinen Unternehmer kommt nur die freiwillige Versicherung in Frage. Eine allgemeine Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat man in Oesterreich, abgesehen von der Zwangsversicherung der Bergleute, nicht; wohl aber eine Angestelltenversicherung, die der deutschen sehr ähnelt.

In Ungarn sind auf dem Gebiete der sozialen Versicherung fast dieselben Verhältnisse wie in Oesterreich anzutreffen, jedoch sind hier auch die landwirtschaftlichen Dienstleute gegen Unfall durch gesetzlichen Zwang versichert. In Ungarn besteht keine Angestelltenversicherung, dagegen aber wohl eine freiwillige Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstleute und kleinen Landwirte.

In Frankreich kann sich der größte Teil der Arbeiter gegen Krankheit und Unfall nur freiwillig versichern. Daneben besteht noch eine freiwillige Invaliden- und Altersversicherung für alle Staatsangehörigen. Nur die Bergleute sind gegen Krankheit und die Seeleute gegen Unfall durch gesetzlichen Zwang versichert. Außerdem besteht in Frankreich eine Zwangsinvaliden- und Altersversicherung für alle Lohnarbeiter bis zu 2400 M. Einkommen.

In England ist unter der jetzigen liberalen Regierung erst im Jahre 1911 eine Kranken- und Invalidenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten bis zu einem Einkommen von 3264 M. durch gesetzlichen Zwang eingeführt worden. Vorher war dort nur die freiwillige Leibrentenversicherung und staatliche Altersversicherung eingeführt. England hat heute noch auf dem Gebiete der Unfallversicherung keine Zwangsversicherung, sondern nur eine freiwillige; ebenso besitzt England noch keine Hinterbliebenen- und Angestelltenversicherung.

In Italien ist nur für die Unfallversicherung der Versicherungszwang eingeführt. Ihm unterstehen hier alle gewerbliche Arbeiter und Betriebsbeamte, einschließlich der landwirtschaftlichen Motorenbetriebe, die bis zu 1700 M. Einkommen haben. Die Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung ist in Italien eine freiwillige.

Die zwangsweise Krankenversicherung haben noch eingeführt: Rußland, Serbien, Rumänien, Luxemburg und Norwegen.

Die Zwangs-Unfallversicherung besteht in Rußland, Finnland, Dänemark, Norwegen, Holland, Luxemburg, Schweiz, Serbien, Griechenland und Rumänien.

Eine zwangsweise eingeführte Invaliden- und Altersversicherung existiert in Rumänien, Griechenland, Luxemburg und Belgien.

Diese Zwangsversicherungen erstrecken sich allerdings nicht wie bei uns in Deutschland in der Regel auf alle Arbeiter und Angestellten im Gewerbe und in der Landwirtschaft, sondern umfassen meist nur wenige Berufsarten. Die meisten beschränken sich auf einzelne Berufsgruppen. In Belgien z. B. haben wir bloß eine Zwangs-Altersversicherung für Bergleute, während es im übrigen auf allen drei Gebieten der Arbeiterversicherung nur noch die freiwillige Versicherung hat. Die belgische Unfallversicherung nähert sich in ihrer Verfassung allerdings sehr der Zwangsversicherung.

Die ausschließlich freiwillige Krankenversicherung hat die Schweiz, Holland, Dänemark, Finnland, Schweden und Spanien eingeführt. Eine nur freiwillige Unfallversicherung besteht in Spanien und Schweden. Eine ausschließlich freiwillige Invaliden- und Altersversicherung haben Spanien, Serbien und Finnland. Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und die Schweiz haben bis jetzt überhaupt noch keine allgemeine Invaliden- oder Altersversicherung.

Der Krankenversicherung in Deutschland werden nach dem Inkrafttreten des zweiten Buches der RVO. etwa 20 Millionen Menschen unterstehen, das sind zirka 30% der gesamten deutschen Bevölkerung. Nach den Mbl. f. U. B. hat England ungefähr denselben Prozentsatz in der Krankenversicherung zwangsversichert und zwar 14 Millionen Personen. In Oesterreich sind nur 12, in Ungarn 4, in Italien 3, in Frankreich 12, in Belgien 6, in Norwegen 14, in Schweden 11, in Dänemark 25, in Holland 8, in Luxemburg 15 und in der Schweiz 21 vom Hundert krantenversichert.

Für die Unfallversicherung kommen im Deutschen Reich 24,6 Millionen Personen oder 38% der gesamten Bevölkerung in Frage; in England sind es nur 29, in Oesterreich 13 vom Hundert. In den anderen Ländern kommt meistens ein noch bedeutend niedrigerer Satz heraus.

In der deutschen Invaliden- und Altersversicherung sind 15,9 Millionen oder 24% der deutschen Gesamtbevölkerung versichert. Diese hohe Ziffer erreicht kein einziges der schon genannten Länder.

Auch hinsichtlich der finanziellen Leistungen steht unsere deutsche Sozialversicherung, wenn wir aufs Ganze sehen, immer noch an führender Stelle. Hervorzuheben sind auch insbesondere noch die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung hinsichtlich des Heilverfahrens und der vorbeugenden Maßnahmen. Der Einfluß des Heilverfahrens und der vorbeugenden Maßnahmen auf die Volksgesundheit sind gewaltig und von ähnlichen Versicherungen anderer Länder noch nicht erreicht. Die neu eingeführte deutsche Angestelltenversicherung unterstellt wie bekannt zwei Millionen Personen der Zwangsversicherung und wird mit der Zeit, wenn sie voll in Wirksamkeit tritt, sicherlich zum Segen der Privatangestellten wirken. Hinzugefügt werden muß noch, daß bei der deutschen Zwangsversicherung die Beiträge zu einem großen Teil von den Arbeitgebern bezahlt werden

müssen. Im Jahre 1911 wurden z. B. insgesamt von den Arbeitgebern 442 Millionen Mark an Beiträgen geleistet, während der Anteil der Versicherten nur 393 Millionen und der Reichszuschuß 53 Millionen Mark betrug. In Deutschland werden die Kosten der Unfallversicherung von den Unternehmern allein getragen. Das ist z. B. in Oesterreich, in der Schweiz und in Frankreich nicht ausschließlich der Fall, sondern hier werden auch die Arbeiter zu Beiträgen für die Unfallversicherung herangezogen.

Die vorstehenden Ausführungen sollen zeigen, wie es auf dem Gebiete der Sozialversicherung in den europäischen Industrie- und Kulturstaaten aussieht. Wir sehen daraus, daß auch die anderen Staaten, dem deutschen Beispiel folgend, mehr und mehr in der Sozialversicherung recht kräftig voranschreiten. Deutschland darf u. E. die Führerrolle auf sozialpolitischem Gebiet auch fürderhin nicht aus der Hand geben. Wie schon eingangs betont, sind eigentlich bei uns auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung erst bescheidenste Anfänge zu beobachten. Diese müssen kräftig weiter entwickelt werden. Und der brennenden Frage der Arbeitslosenversicherung wird man wohl oder übel von Reichs wegen aus Gründen der Staatsraison mehr als bisher das Augenmerk schenken müssen. Es kann und darf in Deutschland in der sozialen Gesetzgebung sich kein Stillstand bemerkbar machen; denn die zu schützenden Lebensgüter der Nation sind weit wichtiger als der materielle Reichtum eines Landes.

Aus unserer Industrie.

Dividendenergebnisse im Textilgewerbe.

Obwohl einige Spezialgebiete des deutschen Textilgewerbes — wie z. B. die Sticker- und Spitzenindustrie — seit geraumer Zeit im Zeichen einer schweren Depression stehen, ist doch im großen und ganzen die Lage gegenwärtig nicht so ungünstig, wie in den vorangegangenen Jahren, wo Haufe und Preissturz am Baumwollmarkt den wichtigsten Zweigen der Textilindustrie schwere Wunden schlugen. Schon das Jahr 1912 brachte eine leichte Erholung, die sofort in einer Steigerung des Dividendenertrages der Aktiengesellschaften des Textilgewerbes zum Ausdruck kam. Bisher haben 224 Gesellschaften ihre Bilanzen für das abgelaufene Geschäftsjahr mit dem Vorjahr vergleichbar veröffentlicht. Das gesamte Nominalkapital dieser Unternehmungen ist im letzten Jahre von 425,37 auf 423,61 Millionen Mark zurückgegangen. Die Summe der verteilten Dividende ist gleichzeitig von 29,33 Millionen Mark auf 36,29 Millionen Mark angewachsen. Mitin ist der durchschnittliche Dividendenbetrag von 7,0 auf 8,6 Prozent gestiegen. In den einzelnen Gruppen der Textilfabriken wurden folgende Dividendenergebnisse erzielt:

Gewerbe	Anzahl d. Gesellschaften	Kapital in 1000 M.		Dividende in Prozent	
		1911	1912	1911	1912
Baumwollspinnereien	26	38225	38621	5,3	8,7
Baumwollwebereien	14	17350	17300	7,0	9,2
Baumwollspinnwebereien	34	73815	71865	3,6	6,6
Rammgarmspinnereien	27	61680	61680	8,0	8,0
Wollgewerbe ohne Rammgarmspinnereien	29	80228	80254	8,1	8,5
Leinen- u. Jute-spinnereien	24	46622	47222	6,7	9,0
Seidenwebereien	6	11670	10567	5,9	4,2
Sonstige Textilfabriken	50	82314	82889	10,0	11,6
Fäberei, Appretur zc.	14	13471	13715	3,4	4,5

Für einen Vergleich von Reingewinn und Verlust in den letzten beiden Jahren lassen sich die Bilanzen von 245 Gesellschaften verwerten. Bei diesen gestalten sich die Ergebnisse wie folgt:

Geschäftsjahr	Anzahl der Gesellschaften	Kapital in Millionen Mark	Reingewinn resp. Verlust	
			1911	1912
1911	176	346,44	+ 67,9	- 14,08
1912	211	402,13	+ 98,40	- 7,71

Demnach ist der Reingewinnüberschuß im letzten Jahre von 51,51 auf 90,69 Millionen Mark gestiegen.

Das neue Spinnprodukt Kunstschappe.

Die Faser dieser Kunstschappe wird nach einem besonderen Viskose-Verfahren auf chemischem Wege in bisher nicht gekannter Feinheit hergestellt und auf besonders konstruierten Spinnmaschinen zu Schappe versponnen. Das auf diese Weise hergestellte Gespinnst zeichnet sich vor allem durch seine außerordentliche Billigkeit aus (die Herstellungskosten werden nur ein Viertel des Preises der natürlichen Schappe betragen) und nähert sich im Charakter nicht nur der natürlichen Schappe, sondern läßt sich nach den gemachten praktischen Versuchen auch mit jedem anderen Gespinnst, wie Seide, Wolle, Baumwolle usw. zusammen verarbeiten und gleich gut färben. Es ist für alle Zwecke zu verwenden und besonders geeignet, die natürliche Schappe zu ersetzen. Für die Samtfabrikation wird dieses neue Gespinnst zweifellos eine besonders wichtige Rolle spielen, weil, abgesehen von dem billigen Preise, die daraus hergestellte Ware in ihrem Charakter sich der natürlichen Seide nähert und natürliche Schappe in den Schattierungen stellen geeignet ist. Jedenfalls dürfte das neue Spinnprodukt für die gesamte Webindustrie in Zukunft ein hervorragende Rolle spielen, weil sich bei der außerordentlichen Billigkeit dieses Gespinnstes, welches in allen Nummern, von der größten bis zur feinsten, sei es rein oder gemischt, mit anderen Gespinnstfasern geliefert werden kann, eine fast unbegrenzte Anwendungsmöglichkeit ergibt.

Rumänien und Serbien als Abnehmer deutscher Stickerien und Spitzen.

Nach der Statistik über den Warenaustausch Deutschlands mit Rumänien und Serbien im Jahre 1912 gestaltete sich im verflossenen Jahre die Ausfuhr deutscher Stickerieerzeugnisse nach Rumänien folgendermaßen: Die Ausfuhr selbstener Stickerien und Spitzen nach diesem Lande betrug im Jahre 1912: 9,65 Doppelzentner im Werte von 44000 M. gegenüber 1,61 Doppelzentner im Werte von 12000 M. im Jahre 1908. Baumwollene Stickerien und Spitzen wurden nach Rumänien 1912 insgesamt 107 Doppelzentner im Werte von 261000 M. gegenüber 95 Doppelzentner im Werte von 241000 M. im Jahre 1908 ausgeführt. Hierzu treten noch im Jahre 1912 11,58 Doppelzentner leinene Spitzen im Werte von 27000 M. Die Gesamtausfuhr in Stickerien und Spitzen nach Rumänien betrug im Jahre 1912: 128,23 Doppelzentner im Werte von 332000 M. gegenüber 96,61 Doppelzentner im Werte von 253000 M. im Jahre 1908. Gegen das Vorjahr hat sich die Ausfuhr etwas gehoben. Der Export an selbstener Stickerien und Spitzen nach Serbien betrug im Vorjahre 2,13 Doppelzentner im Werte von 7000 M. gegenüber 1 Doppelzentner im Werte von 5000 M. im Jahre 1908. Baumwollene Spitzen und Stickerien wurden 1912 insgesamt 35 Doppelzentner im Werte von 56000 M. gegenüber 49 Doppelzentner im Werte von 86000 M. im Jahre 1908 ausgeführt. Der Export an deutschen Stickerieerzeugnissen nach Serbien ist daher zurückgegangen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Rheydt.

Abwehr von Verschlechterungsversuchen. Seit dem 30. Oktober stehen hier die Weber und Zwirnerinnen der Firma Winands, Casteel u. Giesen im Ausstand. Da in der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie mitgeteilt wurde, daß die Differenzen lediglich auf Einführung eines neuen Artikels zurückzuführen seien, ist es notwendig, daß die Ursachen des Streiks in weiteren Kreisen bekannt werden.

Seit vier Jahren sind bei der Firma die Weblöhne tariflich festgelegt. In letzter Zeit wurde ein neuer Wertmeister eingestellt. Dieser Herr, dessen letzter Wirkungskreis in Süddeutschland war, führte als neuen Artikel einen ganz billigen Voden ein, welcher aus Baumwollkette und Kunstwolleinschlag hergestellt wird. Nach dem Tarif ist dieser Artikel mit 13 Pfg. pro 1000 Schuß zu lohnen. Der Herr Wertmeister hatte der Firma aber die ihr jedenfalls sehr angenehme Mitteilung gemacht, daß dieser Artikel in Ludwigshafen nur mit 10 Pfg. pro 1000 Schuß gelöhnt würde. Da kam der Firma der Gedanke, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig sei. Am 11. Oktober erhielten 10 Weber die Kündigung. Am 13. Oktober trat die Firma an den Ausschuß mit dem Ansuchen heran, die Voden anstatt mit 13 Pfg. pro 1000 Schuß für 11 Pfg. zu verwenden. Die Vertreter der Firma sagten dabei, wenn die Weber für diesen Lohn arbeiten würden, würden Aufträge in Massen eingehen und schlechte Zeiten gäbe es dann überhaupt nicht mehr. Allerdings dürften die Weber den alten Lohn niemals mehr beanspruchen.

Bedenkt man, daß diese Lohnreduzierung pro Weber täglich 70—80 Pfg. ausmache, so ist es zu verstehen, daß die Belegschaft das Ansuchen der Firma rundweg ablehnte. Eine vorübergehende Lohnreduzierung für die Dauer der Krise wäre akzeptiert worden, eine dauernde mußte jedoch unter allen Umständen abgelehnt werden. Als nun die Firma erkannte, daß sie auf diese Weise nicht zum Ziel kam, kündigte sie weiteren 30 Webern und schränkte die Arbeitszeit auf 3 1/4 Tag pro Woche ein, stellte aber gleichzeitig Meister, Bäumer, Appreturarbeiter, Näpferinnen usw. an die Stühle, ja selbst der Heizer und der Chauffeur mußten sich als Weber produzieren. Um nun Arbeiterentlassungen zu verhüten, machte der Ausschuß der Firma den Vorschlag, die Weber in zwei Partien zu teilen und dieselben abwechselnd eine Woche weben und eine Woche feiern zu lassen. Dieser Vorschlag wurde jedoch seitens der Firma abgelehnt. Da blieb den noch in ungekündigten Arbeitsverhältnis stehenden 34 Webern kein anderer Ausweg mehr, als sich mit ihren bereits gekündigten Kollegen solidarisch zu erklären, und sie reicheten im Einverständnis mit dem Zentralvorstand die Kündigung ein. Das gleiche taten die organisierten Zwirnerinnen, um nicht, wie ihre unorganisierten Kolleginnen Arbeitswilligen leisten zu müssen. Wie uns mitgeteilt worden ist, sucht die Firma in anderen Industriebezirken Weber für den bestreikten Betrieb. Aufgabe unserer Kollegen und Kolleginnen ist es jetzt, jeden Zuzug nach Rheydt fernzuhalten und etwaige Streitarbeit zu verweigern.

Aus unseren Bezirken.

Vorstandskonferenz auf dem Eichsfelde.

Am 26. Oktober fand in Dingelstädt eine Vorstand- und Vertrauensmännertagung für unsere Eichsfelder Ortsgruppen statt. Vertreten waren, teilweise recht stark, die Ortsgruppen Dingelstädt, Eichwege, Eichenach, Mühlhausen und Kirchwarbis.

Einleitend hielt Kollege Lenzing-Hannover einen Vortrag über die „Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben.“ Redner würdigte zuerst das überraschend schnelle Anwachsen des Verbandes in den Jahren 1910/11. In fünf Quartalen habe der Verband seine Mitgliederzahl um 45% gesteigert. Es sei von

Anfang an damit zu rechnen gewesen, daß ein Teil dieser Mitglieder, weil noch zu wenig von gewerkschaftlichem Geist durchdrungen, wieder verloren gehen würde. Dieses sei eingetreten. In den letzten 1 1/2 Jahren halte sich der Verband auf einer gleichen Höhe. Wer aber berücksichtigt, welche Verluste wir bei früheren Beitragserhöhungen erlitten, der müsse aus der Tatsache, daß wir trotz Beitragserhöhung, trotz der Kämpfe mit den Facharbeitern und der geradezu infernalischen Heze der Sozialdemokratie speziell des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, wir uns ohne Mitgliederverlust haben behaupten können, auf eine innere Solidität des Verbandes schließen. Dazu käme, daß unsere Klassenverhältnisse durch die vorjährigen Verbandstagsbeschlüsse wesentlich verbessert seien. Wesentlich schwieriger sei allerdings hauptsächlich wohl infolge der vielen Verleumdungen, die Gewinnung neuer Mitglieder geworden. Es sei daher mehr denn je Aufgabe der Ortsgruppen, alles daran zu setzen, der Mitgliederfluktuation zu begegnen und eine ständige Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder zu ermöglichen. Redner besprach sodann die Ausgaben der Vorstände, Vertrauensleute und der Agitationskommission. Letztere speziell dürften kein Scheindefizit führen, sondern müßten sich lebhaft betätigen. Er schloß mit der sicheren Zuversicht, daß, wenn wir uns alle in den Dienst unserer guten Sache stellen, unser Verband auch an Mitglieder wieder erheblich zunehmen würde.

An zweiter Stelle behandelte der Kollege May-Dingelstädt das Thema: „Wie können wir eine erfolgreiche Agitation betreiben?“ Er empfiehlt ein systematisches Vorgehen und Zusammenarbeiten aller in der Agitation tätigen Mitglieder, die Mitarbeit der jüngeren Mitglieder, ferner eine intensive Vereins- und Betriebsagitation. Nachdem die Ausführungen dieses Redners noch vom Kollegen Lenzing ergänzt worden waren, setzte eine lebhafteste Diskussion ein. In allen Reden klang der feste Entschluß durch, demnächst eine intensive Agitation in den einzelnen Ortsgruppen zu veranstalten und für ein reges Vereinsleben Sorge zu tragen zu wollen.

Zur Angelegenheit Röhling wurde nach kurzer Besprechung folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Vorstand- und Vertrauensmännertagung spricht ihre Enttäuschung über die gemeinen Verdächtigungen der Röhlingischen Broschüre aus. Sie erklärt, volles Vertrauen zur Verbandsleitung, insbesondere zu unserem Verbandsvorsitzenden Kollegen Schiffer zu haben. Sie verspricht, nun erst recht für den Verband und dessen Ausbreitung mit allen Kräften tätig zu sein.“

Als letzter Punkt der Tagesordnung behandelte Kollege Lenzing die Aufgaben unserer Ortsgruppen bei der Ausbreitung der Volksversicherung A.-G. Berlin.

Mit der Bitte, das Gehörte nun auch in die Tat umzusetzen, schloß der Bezirksleiter die schön und anregend verlaufene Konferenz.

Organisationsleben in der Pfalz.

Pfälzerland wie bist du reizend!
Lebe hoch du schöne Pfalz.

So singt der Pfälzer in seinem Liede. Und in Wahrheit, wer zum ersten Male dies schöne Land durchwandert, erfreut sich an den herrlichen Städten und den schönen Bergen. Neben der Tabak- und Lederindustrie ist auch die Textilindustrie hier beheimatet. Riesenbetriebe mit Hunderten von Arbeitern, sind hier vorhanden. Ein großes Agitationsfeld ist noch zu bearbeiten, das bei einigermaßen guter und intensiver Bearbeitung einen reichen Ertrag liefern dürfte. Eine Anzahl Ortsgruppen unseres Verbandes besteht hier schon seit Jahren.

In Herzheim, in nächster Nähe von Landau gelegen, besteht seit ungefähr einem Jahrzehnt eine Ortsgruppe unseres Verbandes. Eine im Anfang geführte Lohnbewegung hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft wurden seitens des Arbeitgebers nicht erfüllt, auch dann nicht, als die Arbeiterschaft in den Streik trat. Als eine Einigung mit dem Arbeitgeber nicht zu erreichen war, trat man dem Gedanken der Gründung einer Genossenschaft näher. Aus kleinen Anfängen heraus und nach Überwindung unendlicher Schwierigkeiten ist hier etwas geschaffen worden, worauf die Gründer stolz sein können. Viele Arbeit hat es allerdings gekostet, das Unternehmen auf die Höhe zu bringen, aber der Erfolg ist ein zufriedenstellender.

Die Industrie ist ausschließlich Hausindustrie. Jeder Weber hat hier noch seinen Handstuhl im Hause. Für den, der früher den Handstuhl bediente und nachher den „eisernen Gesellen“ erhielt, eine Erinnerung an längst entschwundene Zeiten.

Ein freierlicher Zug geht durch die hiesige Arbeiterschaft. Alle Mitglieder der Genossenschaft müssen Mitglied unseres Verbandes sein, so bestimmt es das Statut. Der Verkehr zwischen der Direktion, den Büroangestellten und dem Webermeister einerseits, und der Arbeiterschaft andererseits, ist ein durchaus herzlicher. Das Verhältnis dürfte wohl Vorbildlich für manche Betriebsleitung sein. Besondere Anhänglichkeit zeigt die Arbeiterschaft ihrem Webermeister gegenüber. Man nennt ihn allenthalben den „Beter Valentin“. Selbst Verbandsmitglied von Anfang an, ist er in der Arbeit ergaun. Aber mit Umsicht und Geschick besorgt er seinen verantwortungsvollen Posten. Wer als Fremder den Betrieb in Augenschein nimmt, erhält von ihm alles erklärt und gezeigt. Nachdem er alsdann noch einige seiner berühmten Schnurren erzählt hat, verläßt der Fremde mit den besten Eindrücken das Stabkloster. Hervorgehoben zu werden verdient noch, daß der Lehrer und die Geistlichkeit des Ortes das Unternehmen auf das tatkräftigste unterstützen. Die Einrichtung der Büroräume ist eine der Neuzeit entsprechende und eine Anzahl Reisende in den einzelnen Landesstellen sorgen für den Absatz der

hergestellten Waren, die in der Hauptsache aus Sackleinen und Pferdebedecken besteht. Die Genossenschaft führt den Namen: Ländliche Hauswebereigesellschaft. G. G. m. b. H.

Um einige Erfahrungen reicher, verlassen wir das idyllische Dörfchen und fahren mit der Bahn über Landau nach Neustadt a. d. S., vorbei an herrlichen Bergen und herrlichen Dörfchen. Man merkt es, hier ist eine Wein- gegend.

Und die Herren von Forst und Dürtheim, Deidesheim und Königsbach, Rufen alle: „Unsere Reben Sehen alle Schätze schach.“

So heißt's im Pfälzerliede. Und wahrlich, es ist nicht zu viel gesagt. Aber das Studium von Weingebenden ist nicht unsere Aufgabe. Von Neustadt, der Berle der Pfalz, geht es sodann westlich durch's Tal nach Lambrecht. Hier finden wir einen berühmten Textil- industrieort mit alteingetragener Industrie. Eine blühende Ortsgruppe unseres Verbandes ist hier vorhanden, an deren Spitze tüchtige Kollegen stehen, die im Sturme der Zeit groß geworden sind. Mancher Kampf hat sich hier schon abgespielt, aber unsere Kollegen haben es immer verstanden, die Fahne der christlichen Gewerkschaftsbewegung hoch zu halten. Schon manches ist durch das Bestehen der Organisation geändert worden, aber mancher berechtigter Wunsch ist bisher noch unbefriedigt geblieben. Für den Tarifgebankten sind hier schon Ansätze vorhanden. Ebenfalls sind auch Arbeiterausschüsse zu verzeichnen, deren Anerkennung jedoch manches zu wünschen übrig läßt. Auch in Arbeitgeberkreisen sollte man endlich den Standpunkt verlassen, als seien die Arbeiterausschüsse nur Opponenten gegen die Betriebsleitungen. Es zeugt nicht von weitgehendem sozialen Empfinden, wenn man sagt, man brauche keine Zwischenpersonen. Letzten Endes gedeiht das beiderseitige Interesse nur auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung.

Auch in agitatorischer Beziehung ist noch manches zu leisten. Zwar ist Lambrecht eine rote Hochburg, aber unsere Leute sind entschlossen, der „Freiheit eine Gasse“ und „dem Rechte eine Mauer“ zu bauen. Es gilt die Launen und Gleichgültigen aufzurütteln und die Organisation zu stärken. Ohne Arbeit und Organisation kein Erfolg, ohne Kampf kein Sieg! Darum ihr Lambrechtler Kollegen und Kolleginnen, mutig vorwärts sei unsere Parole.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Ubenheim b. Worms. Eine gute Versammlung. Hier tagte am 30. Oktober eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung. Fast vollständig waren die christlichen Gewerkschaftler unserer Ortes der Einladung gefolgt. Galt es doch, an der Vertiefung des christlichen Gewerkschaftsgedankens weiter zu arbeiten. Ein sehr großes Feld bleibt der christlichen Gewerkschaftsbewegung hier in der Gegend noch zu bebauen, und bei einigem guten Willen wird der Erfolg nicht ausbleiben. Ueber das Thema: „Gesamtinteresse und Arbeiterchaft“ sprach in einstündigem Vortrage der Kollege Sauren- stülingen.

Anschließend daran wurden die Ende November im hiesigen Bezirk stattfindenden Krankentafelwahlen einer eingehenden Besprechung gewidmet. Aufgabe aller christlich denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, von ihrem Wahlrechte Gebrauch zu machen, und mit dafür Sorge zu tragen, daß der Liste der christlich-nationalen Arbeiterchaft ein schöner Sieg zu teil werden möge. Die Krankentafelwahlen sind gewissermaßen ein Gradmesser für die Stärke unserer Bewegung. Deshalb heißt es am Tage der Wahl: „Alle Mann an Bord.“

Beschlossen wurde ferner, im Laufe des Winters einen Familienabend zu veranstalten. Nunmehr heißt es, mit neuem Mut und Begeisterung weiter gekämpft für unsere christlich-nationale Arbeiterfacha.

Breyell. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung vom 1. November ab bei der Kollegin Elise Götz, Dnnert, ausbezahlt wird. Die Auszahlung geschieht freitags abends von 7 1/2 - 8 1/2 Uhr.

Forst (Lausitz). Gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. Die Textilarbeiterchaft von Forst hat schon seit längerer Zeit eine Krise zu durchlaufen, wie sie die älteren Leute kaum jemals erlebt haben. Selbst die Krisenjahre von 1908 und 1909 haben nicht so viel Elend über die hiesige Arbeiterchaft gebracht, wie die Krise vom Jahre 1913. Die Not hat bereits eine bedenkliche Höhe erreicht und ist bis jetzt noch nicht abzufließen, was in diesem Winter werden soll, wenn die Verhältnisse nicht bald eine Besserung erfahren werden. Mit Angst und Bangen sieht daher die hiesige Arbeiterchaft den kommenden Wintermonaten entgegen. Haben sie doch mit jedem Tage zu erwarten, daß auch ihnen, wie schon vielen anderen vorher, das Fabriktor verschlossen bleibt und sie ohne Arbeit und Verdienst der Not und dem Elend preisgegeben sind. Bis jetzt ist es ja noch manch einem gelungen, Arbeit und Verdienst bei den Kanalisationsarbeiten, welche zurzeit hier ausgeführt werden, zu erhalten, aber wie soll es erst werden, so fragen sich viele, wenn durch schlechte Witterung, oder durch Einsetzen eines frühen Winters, auch diese Arbeit ruht. Dann wird es denjenigen, die aus der Arbeit geraten, unmöglich sein, für seinen und der Seinen Lebensunterhalt sorgen zu können. Die Möglichkeit, sich in einer anderen Branche Lohn und Arbeit zu verschaffen, ist hier fast vollständig ausgeschlossen, da, abgesehen von ein paar kleinen Betrieben anderer Branchen, hier nur Textilindustrie in Frage kommt.

Wohl dem, der es bei Zeiten verstanden hat sich der schützenden Organisation anzuschließen und sich auf diese Weise einen Rückhalt gesichert hat. Derselbe kann in Zeiten der Not eine Unterstützung beanspruchen, die ihm ermöglicht, wenigstens das allergrößte Elend aus seiner Familie fern zu halten.

Die hiesigen Stadtverordneten befaßten sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit in ihrer Sitzung vom 16. September. Die hiesigen Tageblätter berichteten darüber folgendes:

Es sollen an solche Familien (Arbeitslose) Unterstützungen durch Lebensmittel und Feuerungsmaterial gegeben werden, welche nicht den Charakter von Armenunterstützung haben sollen. Familien, welche nicht hier ortsbürgerlich sind, sollen aus Armenmitteln unterstützt werden. An die Familien soll Brot, Kartoffeln und Kohlen geliefert werden. Die Verteilung wird durch die Organe der Armen-

verwaltung erfolgen. Die Verhandlungen über die Einrichtung einer Volksküche sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Angelegenheit wird aber weiter behandelt werden. Die Frage wegen der Arbeitslosen-Versicherung ist noch zurückgestellt, da die Frage außerordentlich schwierig ist und es längerer Ermüdung bedarf, ob sich ihre Einrichtung in Forst empfiehlt.

Daß diese von der Stadtverwaltung eingeleitete Hilfsaktion alle Wünsche der Arbeitslosen erfüllt, wird wohl niemand behaupten wollen. Doch muß andererseits anerkannt werden, daß die Stadtverwaltung wenigstens den guten Willen zeigt, auch ihrerseits zur Linderung der Not, die durch den schlechten Geschäftsgang hervorgerufen worden ist, beizutragen. Die Arbeitslosen werden daher gut tun, sich so bald wie möglich an die zuständigen Bezirksvorsteher, in dessen Bezirk sie wohnen, zu wenden.

Wenn auch diese Beihilfe anzuerkennen und nicht von der Hand zu weisen ist, so muß die Arbeiterchaft sich doch mehr auf sich selbst besinnen. Gerade die Zeiten wirtschaftlichen Niederganges müssen es dem Arbeiter zum Bewußtsein bringen, daß er mehr wie bisher an eine Bessergestaltung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen denken muß. Um dies zu erreichen muß die Gleichgültigkeit und Launheit abgestreift werden. Um dies zu erreichen, ist es unbedingt notwendig, sich der Organisation anzuschließen und ihr treu zu bleiben. Nicht die Unterstützungsanstaltungen der Organisation sollen es uns zur Pflicht machen, an derselben festzuhalten, sondern das Hauptziel sollen und dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, die Bessergestaltung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Unterstützungsanstaltungen, das sollen wir uns stets vor Augen halten, stellen nur eine Beihilfe dar für besondere Fälle, wo wir nicht in der Lage sind, unserer Erwerbstätigkeit nachzugehen zu können. Unser Hauptziel ist und muß bleiben, die wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes, damit wir in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges nicht auf Wohltätigkeit angewiesen sind, sondern uns selbst helfen können, um ungefordert derartigen Konjunkturschwankungen entgegensehen zu können. Leider ist es eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Arbeiterchaft noch lange nicht genug durchgedrungen ist von dem Werte und den Bestrebungen der Organisation. In Zeiten stolzen Geschäftsganges ist die Arbeiterchaft weit eher geneigt, der Berufsorganisation sich anzuschließen. Aber bei schlechtem Geschäftsgange, dessen Begleiterscheinung gewöhnlich Geldknappheit, sinkende Löhne und geringer Verdienst ist, da schwindet das Interesse an der Organisation. Die Werbekraft erlahmt und so kommt es, daß die Arbeiterchaft zur Zeit der guten Konjunktur nicht genügend gerüstet dasteht, um dem Ziele näher zu kommen, das sich die Organisation gesteckt hat.

Jeder vernünftig denkende und mit seinen Standesinteressen ehrlich meynende Arbeiter muß sich doch sagen, nichts ist falscher, als zur Zeit einer Krise der Organisation den Rücken zu kehren oder die Werbetätigkeit einzustellen. Nein, gerade derartige Krisen sollen wir dazu benutzen, den Unorganisierten zu zeigen, daß sie weit abhängiger sind als der organisierte Arbeiter. Daß gerade sie es sind, die die Schuld daran tragen, daß die Arbeiterchaft auf Wohltätigkeiten angewiesen ist.

Nicht jeder Kollege und Kollegin ist imstande, in Versammlungen aufzutreten und die idealen Ziele der christlichen Gewerkschaften zu verkünden. Aber deshalb untätig zu bleiben, lediglich beitragszahrendes Mitglied zu sein und nichts zu tun, um die Indifferenten für unsere Ziele, die der Opfer und Mühen, die sie erfordern, wirklich wert sind, zu begeistern, heißt sich verflüchtigen an der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Hier kann jeder dazu beitragen, die Reihen der Organisierten zu vergrößern. Mit meinen, die Agitation von Mund zu Mund zu betreiben, dazu ist nicht nur jeder verpflichtet, sondern auch befähigt. Jeder findet soviele Zeit, sei es an einem Wochen- oder an einem Sonntage, einige Arbeitskollegen oder Kolleginnen aufzusuchen und sie über den Zweck und die Ziele der christlichen Gewerkschaften aufzuklären und ihnen den Beitritt zur Organisation zu empfehlen. Wer so seine freie Zeit ausnützt und an der Stärkung der christlichen Gewerkschaften arbeitet, wird die Freude erleben, daß sein Bemühen von Erfolg gekrönt sein wird.

Deshalb an die Arbeit, nützen wir die langen Herbst- und Winterabende aus zur Stärkung des Zentralverbandes christlich-nationaler Textilarbeiter.

M.-Glabach-Sicken. Zu einer Kundgebung vollsten Vertrauens für den Verband und seine Leitung, aber auch der Dankbarkeit und Wertschätzung für unseren scheidenden, langjährigen Vorsitzenden, Kollegen Acker, gestaltete sich die am 18. Okt. 1918 abgehaltene außerordentliche Generalversammlung. Eingangs der Versammlung gab der Kassierer den Rechenschaftsbericht vom dritten Quartal. Anschließend daran erstattete der Vorsitzende den Bericht von der diesjährigen Bezirkskonferenz. Sodann hielt unser Bezirksleiter, Kollege Hermes, ein Referat über die Bühlingsche Broschüre. Hedner zerplückte zunächst im Einzelnen die in der bekannten Broschüre aufgestellten Behauptungen und Entstellungen und stellte dann die in der Broschüre versteckten Verleumdungen gegen die Leitung unseres Verbandes in das richtige Licht. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, sich durch derartige Vorkommnisse im Vertrauen zum Verband und seiner Leitung nicht beirren zu lassen und nach wie vor einmütig für die Interessen des Verbandes einzutreten. Diese Ausführungen fanden begeisterten Beifall. Von der ganzen Versammlung wurde der Leitung des Verbandes ihr uneingeschränktes Vertrauen zum Ausdruck gebracht.

Anschließend hieran dankte der Kollege Hermes dem Kollegen Acker für seine aufopferungsvolle Tätigkeit im Dienste unseres Verbandes, und ersuchte die Versammlung an seiner Stelle einen tüchtigen Kollegen zum Vorsitzenden zu wählen. In der darauf folgenden Wahl wurde der bisherige Schriftführer, Karl Hörtens, einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. An dessen Stelle trat der Kollege Martin Gapers als Schriftführer ein. Mit diesem sachlichen Zeile wurde zu Ehren unseres scheidenden Vorsitzenden eine kleine Abschiedsfest verbunden. Kollege Simons dankte im Namen des Vorstandes und der Ortsgruppe dem Kollegen Acker für seine Tätigkeit. Als äußeres Zeichen wurde ihm ein von der Ortsgruppe gefertigtes Geschenk überreicht. Kollege Acker übernahm herzlich das Geschenk und betonte, was er getan habe, sei seine Pflicht gewesen. Sein Bestreben sei immer gewesen, dem Verbands und somit auch den Mitgliedern zu dienen. Auch an dieser Stelle sagen wir dem Kollegen Acker ein herzliches Vergelt's Gott und wünschen ihm und seiner Familie im neuen Wirkungskreife recht viel Glück und Segen. (Wir schließen uns diesen Wünschen von ganzem Herzen an, d. R. d. L.-S.)

M.-Glabach-Venn. Rechter gewerkschaftlicher Geist und reges Interesse für die christliche Arbeiterbewegung herrscht hier in den Kreisen der Arbeiterinnen, trotz aller gegnerischen Heke. Das bewies

unser am 26. Oktober im Lokale von Wefers abgehaltener Arbeiterinnen-Abend. Ueberaus zahlreich waren die Arbeiterinnen der Einladung des Ortsgruppenvorstandes gefolgt. Unser Vorsitzender, Kollege Stapper, konnte gegen 6 Uhr in seiner Eröffnungssprache auch mehrere Gäste begrüßen, so unter anderem den hochwürdigen Herrn Pfarrer Mohrenhoven und Volksschullehrerin Fräulein Brinkhausen von hier, den Bezirksleiter Kollegen Hermes, Kartellsekretär Kollegen Kleinermanns und Kollegen Gerhard Müller, der am Schluß des ersten Teiles der Veranstaltung eine begeisterte Rede über die idealen Werte in unserer christlichen Arbeiterbewegung hielt. Ganz besonders erwähnt zu werden verdienen dann noch die Ansprache des Kollegen Müller vorausgegangenen Deklamationen, die von mehreren Kolleginnen recht wirkungsvoll vorgetragen wurden und die mit ihren tiefen sozialen Gedanken der ganzen Veranstaltung so recht angepaßt waren. Im zweiten, dem gemütlichen Teile des Abends, wechselten Klavierstücke mit flott gespielten Einaktern und hübschen, originellen, von 8 Kolleginnen aufgeführten Reigen, ab. Zum Schluß flatterte Kollege Stapper allen Erschienenen den Dank ab, besonders für die große Aufmerksamkeit während der Ausführungen des Kollegen Müller, den Spielern und vor allem Fräulein Brinkhausen für ihre Mühen, die sie sich zum Gelingen der schönen Veranstaltung gegeben hatten. Mit dem allgemeinen Ziele Deutschland, Deutschland über alles fand die in allen Teilen wohlgelungene Veranstaltung einen würdigen Abschluß.

Kolbermoor. Zehn Jahre Arbeit und Kampf hat die Kolbermoorer christliche Gewerkschaftsbewegung hinter sich. Diese zehnjährige Wiederkehr des Gründungstages durfte das Ortskartell wohl zum Anlaß nehmen, den Tag festlich zu begehen. Zahlreich hatten sich die Mitglieder und Freunde, auch aus der weiteren Umgebung, sowie die Einwohnerchaft zur Gründungsfeier am Sonntag, den 19. Oktober eingefunden. Die Feier leitete ein feiner Prolog, gesprochen von Fräulein Minna Steger, ein. Kartellvorsitzender und Gemeindevorstand Kollege Nikolaus Fromm konnte in seiner Begrüßungssprache darauf hinweisen, daß am hiesigen Orte, wo die sozialdemokratische Bewegung schon bald dreißig Jahre besteht, erst seit dem Auftreten der christlichen Gewerkschaften von einer wirksamen und praktischen Interessenvertretung der Arbeiterchaft gesprochen werden kann, während vorher soviel wie nichts geschehen ist. Mit 13 Mitgliedern trat damals eine Ortsgruppe der Keramarbeiter ins Leben. Im Laufe der ersten Jahre haben sich dann eine Ortsgruppe der Textilarbeiter und der Hilfs- und Transportarbeiter aus dieser herausgebildet. Heute steht diese Zahl in reichlich zwanzigfacher Stärke da. Statistische Erfolge konnten erreicht werden. Es wurde ein Tarifvertrag durchgeseht und die Arbeitslöhne im Laufe dieser Zeit wohl um ein gutes Drittel in die Höhe gebracht. Auch auf genossenschaftlichem Gebiete wurden Vorteile erzielt. Anfangs wurden Mehl, Zucker und Kartoffeln gemeinsam eingekauft, später dann eine Rabattgesellschaft gegründet, die bis heute bereits 25000 M. an ihre Mitglieder auszubehalt hat. Diese Erfolge mögen beweisen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung das volle Vertrauen der Arbeiterchaft verdient. Und wenn auch augenblicklich mancher glaubt, eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse käme ihm von anderer Seite wie gebratene Tauben in den Mund geflogen, so täuscht er sich. Nur ein festes, kollegiales Zusammenwirken in den Berufsvereinen ermöglicht einen wahren Aufstieg unseres Standes. Mancher liebe Kollege und Kollegin sind in diesen zehn Jahren ins kühle Grab gesunken. Ihrem Andenken wurde in ehrender Weise Ausdruck gegeben.

Geleitet von Damer-München hielt die Festrede und erntete damit reichen Beifall. Bezirksleiter Josef Dechner vom Keramik- und Steinarbeiterverband begrüßte die Teilnehmer im Namen dieses Verbandes die hiesigen christlichen Gewerkschaften zu ihrem Jubiläum. Ebenso sprachen Kollege Gaidacher-Kiefersfelden und Arbeitersekretär Breitenhuber-Hofenheim namens der christlich organisierten Arbeiterchaft des Inn- und Mansfaltales die herzlichsten Glückwünsche aus. Die Feier wurde dann in den unterhaltenden Teil übergeleitet und nur zu schnell verfloßen die Stunden vergnügten Beisammenseins.

Kollnau (Weisgau). Einen guten Besuch der Mitgliederversammlung konnte unser Vorsitzender am 14. Oktober feststellen. Außer dem Kasfenbericht vom dritten Quartal 1918 war ein sehr lehrreicher Vortrag über die bevorstehenden Krankentafelwahlen auf der Tagesordnung. Dieses Thema wurde von Arbeitersekretär Oskar Annemele in ausführlicher Weise behandelt. Nach dem Vortrage erstatteten die Kollegen Trentke und Esemann Bericht über den Verlauf der Bezirkskonferenz in Basel. Als Nebenwendung wurde von der Versammlung beschlossen, diesen Winter eine rege Agitation zu entfalten, damit wir auch in Kollnau mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einen Schritt vorwärts kommen.

Krefeld. Unsere Quartalsversammlung fand am 27. Oktober statt. Dem Quartalsbericht ist zu entnehmen, daß leider infolge der gelben Bewegung in Krefeld einige Mitglieder verloren gegangen sind. In der Versammlung war man jedoch der Ansicht, daß die Gelben in Krefeld eine vorübergehende Erscheinung sein würden. Die Gesamteinnahme betrug im Quartal 5740,69 M. und die Gesamtausgabe 3734,59 M., sodaß ein Kasfenbestand am Schluß des Quartals von 2006,10 M. verblieb. Nach kurzer Besprechung des Berichtes wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Kollegen Esfer und Waquardt berichteten sodann über den Verlauf der Bezirkskonferenz. Insbesondere wurden die gefaßten Beschlüsse betreffs Branchenorganisation und Bezirkskurse eingehend besprochen. Eine rege Diskussion fand über diese Punkte statt. Es wurden die genannten Beschlüsse nicht nur gutgeheißen, sondern allgemein mit Freuden begrüßt. Die Durchführung der Beschlüsse werden sich die Kolleginnen angelegen sein lassen. Sodann fand eine Besprechung über die bevorstehenden Ortskrankentafelwahlen statt. Es wurden die nötigen Auffklärungen und Anweisungen dazu gegeben. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die Neuregelung des Fördererwesens hin. Er bat die Mitglieder, den angestellten Vertrauensmann in seiner schwierigen Arbeit so viel wie möglich unterstützen zu wollen.

Mühlhausen i. Elsaß. Krankentafelwahl. Die am 2. November stattgefundenen Vertreterwahlen zum Ausschuß der Ortskrankentafel Mühlhausen-Stadt, brachte der gemeinsamen Liste der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Vereine ein geradezu glänzendes Ergebnis, das die gehegten Erwartungen bei weitem noch überholte. Von den 4406 abgegebenen Stimmen erhielt die sozialdemokratische Liste 2533, die christliche Liste 1466 und eine gesonderte Frauenliste 348 Stimmen. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen somit 56 Vertreter und 70 Stellvertreter die christliche Liste 20 Vertreter und 40 Stellvertreter und auf die Frauenliste 5 Vertreter und 10 Stellvertreter.

Sozialdemokratischerseits hatte man geradezu eine wüste, etelhafte Agitation vor und während der Wahlen betrieben. Trotzdem gelang es der christlichen Arbeiterschaft, siegreich aus diesem Kampf hervorzugehen und die bisherige sozialdemokratische Vorherrschaft an der Krankenkasse zu durchbrechen. Was jetzt hatten die christlichen Arbeiter hier keine Vertretung inne.

Neumünster. Pharisäer. Der Genosse Kramer in Neumünster, Kassierer des sozialdemokratischen Gewerkschafts-Lotteries, lange Jahre zweiter Vorsitzender der Filiale des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, neugewähltes Ausschußmitglied der Ortskrankenkasse, ein sehr eifriger Vertreter der Röhling'schen Sudelbroschüre, der sich besonders über die „Geldschrankschlüsselgeschichte“ tief entrüstete, hat mehrere tausend Mark Gewerkschaftsgelder unterschlagen und für sich verbraucht. Einige Genossen bezifferten die „Stimmig“ gemachte Summe auf 2180 M. Andere behaupten, daß mindestens 6000 M. fehlen und daß aus den schlecht geführten Kassenbüchern „niemand klug werden könnte“. Die Unterschlagungen gehen teilweise bis zum Jahre 1906 zurück. Wie peinlich muß hier stets revidiert worden sein.

Man beachte die echt sozialdemokratische Moral. Während man sich selbst in unerkennlicher Weise an Arbeitergebern vergreift, sucht man Vertreter anderer Arbeiterorganisationen auf Grund unbewiesener Behauptungen zu verächtigen.

Reichenbach (ab. Abtal). Vorbei sind die herrlichen Sommertage. Dichte Nebel lagern morgens und abends über weite Strecken des Landes. Die Natur hat ihr herbliches Gewand angezogen und mahnt uns an die Vergänglichkeit alles Irdischen. Unter solchen Betrachtungen wand're ich durch das schöne Abtal hinauf nach dem „Dorflein traut auf Luftigen Höhen“, ein im Sommer vielbesuchter Kur- und Ausflugsort. Ein großer Teil der Bevölkerung ist in der Textilindustrie beschäftigt. Da ist es kein Wunder, daß auch hier eine Gruppe unseres christlichen Textilarbeiterverbandes besteht.

Unsere jüngste Versammlung tagte am 25. Okt. in „der Aude“. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Kollegen Kraft und nachdem der Kassierer den Rassenbericht des dritten Quartals erstattet hatte, wählte die Versammlung den Kollegen Waible einstimmig zum Schriftführer. Alsdann folgte ein eingehender Bericht über die Bezirkskonferenz in Basel durch die Kollegen Schäfer und Anderer. Der anwesende Beamte ergänzte den Bericht noch. Nach Erledigung der Tagesordnung blieb man noch eine Weile im gemütlichen Kreise zusammen. Einige Gewerkschaftslieder, in frischer Abtalar Art gesungen, bildeten den Schluß. Man trennte sich in dem Bewußtsein, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin dem Verbandszuge geführt sei.

Ronsdorf. Historische Wandgewerbliche Ausstellung 1914. Am 27. Oktober fand eine Sitzung des Ausschusses der Ausstellung, in welcher zuerst die einzelnen Kommissionen über ihre Tätigkeit Bericht erstatteten, denen wir einiges entnehmen. Das wichtigste Arbeitsgebiet fällt wohl der Kommission für Bandstühle z. z. zu, welche folgendes Programm verwirklichen will. Anfangs mit den primitivsten Formen der Weber, der Spindelweber, soll sodann der Webstuhlfabrikant in seinen verschiedenen Stufen, der Krampfen- und Wippenschläger, der Mäh- und Schußfrucht und zwei moderne Bandstühle, und zwar alles im Betrieb, vorgeführt werden. Mehrere Schläger der verschiedensten Systeme werden den Uebergang von Schuß zu den modernen Schlägern zeigen, während nebenher noch die Hilfsmaschinen in ihren mannigfaltigen Arten zur Ausstellung gelangen. Die vorgenommenen Schritte lassen die Durchführung dieses Programms als gesichert erscheinen. Nicht gute Erfolge hatte u. a. auch die Kommission für Garne zu verzeichnen, der bereits 17 Firmen der verschiedenen Spezialfabrikate ihre Beteiligung fest zugesagt haben. Auch die Kommission für Musterfabrikation hatte in letzter Zeit bessere Erfolge, nachdem die Fabrikanten in der Ueberlastung ihrer alten Musterbestände anfangs große Zurückhaltung gezeigt hatten.

Bisher wurden die Arbeiten durch die ungewisse Lage der Finanzen noch stark beeinträchtigt, doch sind inzwischen von Korporationen und Firmen bereits derartige Zeichnungen erfolgt, daß man mit Bestimmtheit auf das Herankommen der noch fehlenden Summe rechnen kann, wodurch sich den Kommissionen jetzt die Möglichkeit bietet, ohne Rücksicht auf evtl. Kosten an die volle Ausführung der gestellten Aufgabe heranzutreten.

Die Ausstellung wurde unter Berücksichtigung besonderer Umstände in den Herbst verlegt und soll die Eröffnung am 19. September erfolgen.

Sommerfeld. Ueber die sozialdemokratische Hehe mit der Röhling-Broschüre sprach in der am 2. Nov. stattgefundenen Mitgliederversammlung Kollege Fabender aus Forst. Er gab uns einen ausführlichen Bericht über die innere Zusammenhänge der Röhlingaffäre und geißelte mit scharfen Worten das Verhalten eines Mannes, der lange Jahre für unsere Sache gekämpft, dann aus Rache dafür, daß er entlassen werden mußte, seine ganze frühere Ueberzeugung (wenn er eine solche hatte) über Bord wirft und sich seinen Gegnern anstößt. Daß die Broschüre von den Genossen aufgegriffen wurde, darüber braucht man sich nicht sonderlich zu wundern. Ist es doch zur Genüge bekannt, daß gerade von dieser Seite aus mit Vorliebe mit Verdächtigungen und Verleumdungen operiert wird, gegen ihrem Grundsatze „Verleumde nur drauf los, es bleibt doch etwas hängen“. Er erinnerte ferner an die Hehe und die Verleumdungen, die jederzeit gegen den damaligen Vorsitzenden des christlichen Bergarbeiterverbandes, den Kollegen Bruff, in Szene gesetzt wurden, die jedoch später als Lug und Trug entlarvt wurden. So wird es auch mit den gegen den Kollegen Schiffer ausgehenden Verdächtigungen gehen. Die Hehe gegen den Kollegen Schiffer und den Zentralvorstand ist nichts anderes als die Hehe gegen den Kollegen Bruff in anderer Auflage, entsprungen dem Gedanken, die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu schädigen. Aber obgleich den Genossen schon so und so oft ihre verleumderische und verheerende Tätigkeit nachgewiesen worden ist und jedesmal einen Hereinfall damit erleben mußten, so wird trotzdem dieses, die Arbeiterfrage schwerwiegendste Treiben immer wieder von neuem begonnen, eingebend des Wortes eines führenden Genossen „die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften muß man streicheln und die Führer vor den Rauch treten“.

Daß die sozialdemokratischen Blätter die Angelegenheit zu ihren Gunsten auszuschlachten versuchen, versteht sich bei dieser Sorte Presse von selbst. An der Spitze steht bei dieser Gelegenheit natürlich das von dem Genossen ständig redigierte Jahrbuch des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Ein Organ, was sich im Beistimmen des christlichen Textilarbeiterverbandes im allgemeinen und seiner Führer im be-

sondern immer ausgezeichnet hat. Ein Blatt, das ekelerregend wirkt, wenn ein unbefangener Mensch es längere Zeit zu lesen gezwungen ist, weil es allen Klatsch und Tratsch als Wahrheit seinen Lesern aufstischt, wenn es glaubt, damit die christliche Gewerkschaftsbewegung schädigen zu können. Wir möchten dem Leitorgan des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes den guten Rat geben, zu seiner eigenen Kennzeichnung die Worte am Kopfe seines Organs aufzunehmen: „Hier kann Schutt abgeladen werden“.

Doch daß man trotz der Hehe keine Vorbeeren damit ernten wird, dafür sorgt der gesunde Sinn unserer Mitglieder, dafür bürgt das feste Vertrauen, das dieselben in unsern Verband sowohl als auch in den Zentralvorstand haben. Dafür bürgen auch die Anwesenden, die sich mit den Ausführungen einverstanden erklärten und versprochen, in Zukunft mehr wie bisher agitatorisch tätig zu sein und trotz der Schwierigkeiten, die uns bereitet werden, alles daran zu setzen, um neue Mitglieder dem christlich-nationalen Textilarbeiterverbande zuzuführen.

Nachdem noch einige geschäftliche Sachen erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes und der Aufforderung, zur nächsten Versammlung noch zahlreicher zu erscheinen, die schön verkaufene Versammlung.

Walheim. Eine interessante Versammlung. Am 26. Oktober fand unsere vierteljährliche Generalversammlung bei Matthias Schnitzler in Jahn statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Kollegin Katharina Amian und ehrte das Andenken in der üblichen Weise. Kollege Matthias Voell erstattete sodann den Rassenbericht. Ferner gab Kollege Ludwig Ostländer einen umfangreichen Bericht der Nachener Bezirkskonferenz, woran sich eine rege Diskussion anschloß. Als Sammler für Friesenrat wurde Kollege Wagemann gewählt. Von Seiten des Vorstandes wurde den Sammlern aus Herz gelegt, die Mitglieder zu veranlassen, etwaige Arbeitslosen oder Krankheitsmeldungen sofort zu erledigen, damit unnötige Arbeit und Schreibereien vermieden würden. Besonders ist es notwendig, daß die Arbeitslosentage — auch Einzeltage, wo für keine Unterstützung gezahlt wird — gemeldet werden, damit die monatlichen Aufzeichnungen prompt an die Zentralstelle eingeleitet werden können. Nachdem noch kurz auf die Röhling'sche Broschüre eingegangen und betont worden war, daß die gerichtlichen Verhandlungen zweifellos die Haltlosigkeit der Vorwürfe und Verdächtigungen darlegen würden, schloß der Vorsitzende die interessant verkaufene Versammlung.

Wassenberg. In der letzten Generalversammlung unserer Ortsgruppe gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder; ihr Andenken wurde von den Anwesenden durch Erheben von den Sigen geehrt. Nachdem dann das Verhalten der Kritiker, welche es vorziehen, den Versammlungen fernzubleiben, entsprechend beleuchtet worden war, wurde seitens des Kassierers der Quartalsbericht vorgelesen, gegen den Einwendungen nicht erhoben wurden. Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Röhlingbroschüre. Mit kernigen Worten wurden die Entstellungen und Verdächtigungen der Schrift ins rechte Licht gerückt und die Mitglieder aufgefordert, sich nicht beirren zu lassen im Vertrauen zur Verbandsleitung. Der Bezirksvorsitzende Hermes hielt dann einen Vortrag über die Wahlen in den Krankenkassen. Im Anschlusse an den Vortrag wurde beschlossen, im kommenden Winter in einem Unterrichtskursus die Reichsversicherungsordnung durchzunehmen. Dadurch soll den Mitgliedern ein tieferes Eindringen in den Sinn dieses Gesetzes ermöglicht und so die Vorteile und der Nutzen des für die Arbeiter so wichtigen Gesetzes mehr zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden. Des Weiteren wurden dann noch verschiedene Klagen über den hiesigen Betrieb vorgebracht. Unter anderem wurde Klage darüber geführt, daß in der Zuteilung von lohnender Arbeit aufseheneidparteiisch verfahren würde. Weber von den schnelllaufenden Stühlen, für welche wegen der höheren Tourenzahl 25 Prozent weniger Lohn gezahlt wird, teilten mit, daß die versprochene Tourenzahl nicht erreicht würde. Sie waren der Ansicht, daß unter diesen Umständen ein geringer Prozentsatz in Ansatz gebracht werden müsse. Auch die Strafen für fehlerhafte Arbeit wurden als enorm hoch bezeichnet. 3 Mark und mehr wären schon verhängt worden. Unter den Bestraften befinden sich ein großer Prozentsatz Lehrlinge. U. G. ist diesen gegenüber aber Rücksicht am Platze. Bei diesen ist es meistens Unerfahrenheit und keine Böswilligkeit, wenn ihnen ein Fehler unterläuft.

Bei den Bestrafungen treten aber auch noch Sonderseiten zu tage, die die Arbeiter kaum begreifen können. Kommt es doch vor, daß Arbeiter bestraft werden, obwohl ihre Stücke von dem angestellten Kontrolleur für gut befunden wurden. Die Kontrolleure scheinen daher nicht alle den Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, gewachsen zu sein. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß einer derselben Stücke für gut befunden, in denen zahlreiche Vertritte sich befinden. Ob der Mann die nicht einmal kennt? Möglich wäre dieses wohl. Sein sonstiges Verhalten soll wohl so glauben wenigstens die Arbeiter, die mangelnden Kenntnisse ersehen. Angeblich soll der Mann es ausgezeichnet verstehen, den Mantel nach dem Winde zu hängen. Ob ihm dieses die vertraute Stellung beim Herrn Direktor möglich gemacht hat? Oder sollen seine sonstigen Leistungen dieses Kunststück herbeigeführt haben. Wir wollen vorläufig nicht deutlicher werden. Jedenfalls wäre es aber wünschenswert, daß eine Arbeiterschaft durch die Tätigkeit des Mannes, die außerhalb seines Berufes liegt, nicht in Mitleidenschaft gezogen würde.

Windberg. Unsere Mitgliederversammlung vom 25. Oktober war gut besucht. Der Kassierer, Kollege Peter Figen, erstattete den Quartalsbericht. Dann gab der Kollege Anton Busch den Bericht über die Bezirkskonferenz. Die Diskussion war recht lebhaft. Es wurde besonders hervorgehoben, noch mehr wie bisher die Jugend-, Arbeiterinnen- und Branchenangitation zu betreiben. Der Vorsitzende, Kollege Jörtsch, besprach hierauf die Röhling'sche Broschüre. Wie wenig die Broschüre ihren Zweck erfüllt hat, konnte man auf der Versammlung merken. Alle Redner sprachen unserer Organisation und dem Zentralvorstande, speziell dem Kollegen Schiffer, ihre volle Anerkennung und volles Vertrauen aus. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 25. Oktober im Lokale Welter's tagende Versammlung spricht dem Zentralvorstande, speziell dem Kollegen Schiffer, ihr volles Vertrauen aus. Nach eingehender Besprechung der Röhling'schen Broschüre ist die Versammlung zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich von seiten Röhling's nur um einen ganz elenden Racheakt handelt. Wenn die von Röhling angeführten Mißstände auch nur annähernd der Wahrheit entsprächen, dann wäre derselbe verpflichtet gewesen, der Berufungskommission oder der Generalversammlung davon Mitteilung zu machen. Da Röhling erst nach erfolgter Entlassung von seinem Material

Gebrauch gemacht hat, ist er für uns erledigt. Die Versammlung billigt die vom Zentralvorstand unternommenen Schritte und erwartet, daß mit Energie darauf hingearbeitet wird, die Schuldigen der gerechten Strafe zu überführen.“

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Zehnstundentag in der spanischen Textilindustrie. Die zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern der katalanischen Textilindustrie nach heftigen Kämpfen vereinbarte Einführung des Zehnstundentages hat nunmehr, wie wir der „Sozialen Praxis“ entnehmen, in einer königlichen Verfügung vom 23. August 1913 ihre öffentliche rechtliche Bestätigung erhalten. Die Verfügung bestimmt, daß die Höchstarbeitsdauer für Textilarbeiter beiderlei Geschlechts 60 Stunden in der Woche oder 3000 Stunden im Jahr nicht überschreiten dürfe. Die Arbeitgeber haben die Aufsichtsberechtigten über die Zehnstundeneinteilung auf dem Laufenden zu halten. Um die Arbeiter vor Lohnverlusten zu bewahren, wird bestimmt, daß der Arbeiterlohn im Verhältnis der Kürzung der Arbeitsdauer zu erhöhen ist. Die Arbeitsaufsichtsberechtigten und die Ortsauschüsse für soziale Reformen sind mit der Ueberwachung des Vollzugs der Verfügung beauftragt (Gleichzeitig wird das Institut für soziale Reformen ersucht, Vorschläge für eine Verstärkung der Arbeitsaufsicht zu machen). Zuwiderhandlungen der Arbeitgeber werden mit Bußen im Betrage von 50—2500 Peseten geahndet. Die Bußen fließen in den Invalidenrentenfonds des Nationalen Fürsorgeinstituts.

Versammlungskalender.

- Dülken. 19. November, 11 Uhr, bei Math. Ummeln, Markt, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Düsseldorf. 15. November, 8 Uhr, bei Ww. Dorst, Familienabend.
- Elberfeld. 15. November, 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Klosterrath.
- M.-Gladbach-Venn. 16. November, 10 1/4 Uhr, bei Peter Lörs, Venn, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- M.-Gladbach-Vieritz. 19. November, 7 Uhr, bei Peter Hüls, Neuperstraße.
- Pinsbeck. 19. November, 11 Uhr, bei Frau Ww. Sähnen, Generalversammlung.
- Siersbach. 23. November, 2 1/2 Uhr, im Lokale „Zum Lamm“.
- Kahlscheid. 16. November, 11 Uhr, bei Leo Engels.
- Ventz b. Kaldenkirchen. 16. November, 11 Uhr, bei Albert Houben (Zimmer oben), Generalversammlung.
- Neerfen. 19. November, 6 1/2 Uhr, bei Gerhard Wiedemann, Schiefbahn.
- Wülfelen. 23. November, 10 Uhr, auf dem Büro, Neuhauptstraße 56, Generalversammlung.

An die Ortsgruppen der Pfalz.

Hierdurch seien unsere Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Beisitzerinnen auf die allgemeine Gaukonferenz für die Pfalz, die am Sonntag, den 23. November, morgens 1/11 Uhr, in Lambrecht im Lokale des Kollegen Peter Wüst, Luitpoldstraße 12, stattfindet, aufmerksam gemacht. Die Tagesordnung ist eine äußerst wichtige. Unser Bezirksleiter, Kollege Ernst Rümmele, wird an der Konferenz teilnehmen. Näheres durch Rundschreiben. Mit kollegialem Grusse
Johann Sauren.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Maria Bröcker in Neuwerk.
Karl Reith in Barmen.
Heinrich Müller in Immenstadt.
Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Mittel zur Bekämpfung der Mitgliederfluktuation. — Sozialversicherung und Lebensmittelversorgung. — Ziele der Handelspolitik. — Wohnungsordnungen. — Abschluß und Aufhebung des Mietvertrages. — Feuileton: Wie der August seinem Sohn das Ständebewußtsein hebrachte. — Allgemeine Rundschau: Die Folgen des Färberstreiks. — Arbeitslosenfürsorge und christlich-nationale Arbeiterschaft. — Verhaftung eines christlichen Gewerkschaftssekretärs. — Rechen-Künfler. — Sie schwindeln aus — Laktit. — Gut getroffen. — Die allein fähigen Arbeitervertreter. — Sozialdemokratie und Religion. — Gelbe Jugendpflege. — Die Concordia. — Stand der Sozialversicherung in Europa. — Aus unserer Industrie: Dividendergebnisse im Textilgewerbe. — Das neue Spinnprodukt Kunstschappe. — Rumänien und Serbien als Abnehmer deutscher Stickereien und Spitzen. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten: Rheindt. — Aus unseren Bezirken: Vorstandskonferenz auf dem Eichsfelde. — Organisationsleben in der Pfalz. — Berichte aus den Ortsgruppen: Alenheim. — Breyell. — Forst. — M.-Gladbach-Eiden. — M.-Gladbach-Venn. — Kolbermoor. — Kölnau. — Krefeld. — Mülhausen. — Neumünster. — Reichenbach. — Ronsdorf-Sommerfeld. — Walheim. — Wassenberg. — Windberg. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Der Zehnstundentag in der spanischen Textilindustrie. — Versammlungskalender. — An die Ortsgruppen der Pfalz. — Sterbe-Tafel.